Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32

Volkswacht

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 52. | Danzig, den 25. Juni 1913. | 4. Jahrgang.

Juristenperlen.

In der Nummer 12 der in Berlin erscheinenden Deutschen Juristenzeitung findet sich ein Artikel: **Die Rechtsentwicklung unter der Regierung Kaiser Wilhelms des Zweiten.** Der Aufsatz will, wie er im Untertitel sagt, eine Festbetrachtung sein. Ihr Verfasser ist der **Oberlandesgerichtspräsident Dr. v. Staff, Marienwerder.** Da der Verlag der Juristenzeitung unserer Redaktion ein Rezensionsexemplar zusandte — ob mit Zustimmung des Herrn Verfassers, vermögen wir nicht anzugeben — wollen wir einige der aufgestellten Behauptungen der weiteren Oeffentlichkeit unterbreiten. Jedoch wird es uns allerdings schwer werden, der Arbeit des Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten voll und ganz gerecht zu werden, denn sie umfaßt „nur" **24 Seiten.** Doch ist der Artikel ein wertvoller Beitrag zur preußischen Richterpsychologie, auch wenn der Kritik nur durch kurze Ausführungen ihr Recht wird.

„Wer immer es unternimmt, einen Ueberblick über die letzten 25 Jahre deutscher Gesetzgebung und Rechtsentwicklung zu geben, der wird an erster Stelle das **gewaltige Werk** des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches zu nennen haben.

Daß unter unseres Kaisers Wilhelm des Zweiten Regierung Deutschland zum erstenmal ein einheitliches bürgerliches Recht erhielt, das ist ein geschichtliches Ereignis, welches nicht vergessen werden wird, so lange man Geschichte schreibt."

Also der Herr Oberlandesgerichtspräsident über das Bürgerliche Gesetzbuch, von dem er gleich darauf noch erzählt, daß es „das Ergebnis einer Arbeit von mehr als zwanzig Jahren" ist. Aber in diesem Produkt einer zwanzigjährigen Arbeit blieben **die rechtlichen Verhältnisse der Landarbeiter** ohne jede Berücksichtigung. Noch immer seufzen Dienstboten und Instleute unter der Sklaverei längst überlebter **Gesindeordnungen.** Das Bürgerliche Gesetzbuch ist auch ein so gewaltiges Werk, daß es nicht einmal **Trunksucht als Ehescheidungsgrund gelten läßt.** Wir fürchten, eine spätere Generation wird vom Bürgerlichen Gesetzbuch sprechen, wie Herr Werner Kirchhofer von seinem Vorgänger:

Römisch Recht, gedenk ich deiner,
Liegt's wie Alpdruck auf dem Herzen,
Liegt's wie Mühlstein mir im Magen. —

Doch hören wir, wie die Festbetrachtung sich über das Strafgesetzbuch äußert:

„Ein für alle Lebensverhältnisse so bedeutsames Gesetz wie das Str.-G.-B., das in unserer schnellebenden, gesetzgebungslustigen Zeit ohne wesentliche Aenderung 40 Jahre hat bestehen **können, hat damit seine Vortrefflichkeit erwiesen,** und auch die letzte Novelle vom 19. Juni 1912 **bestätigt diese Wertschätzung. Auch** sie rührt nicht an den Grundsätzen des Gesetzes, und ihre **Aenderungen** — meist **Milderungen** — einzelner Strafbestimmungen **sind keineswegs,** abstrakt betrachtet, **offenbare Verbesserungen,** sondern nur die Folge veränderter sozialer und ethischer Anschauungen. Mit möglichst geringen Mitteln die größten Wirkungen in der Vergeltung der Straftaten, der Besserung der Täter und der Sicherung der menschlichen Gesellschaft zu erreichen, ist das Ideal eines Strafrechts."

Mit diesen Ausführungen vergleiche man die ungeheure Zunahme der Kriminalität, die ständig steigt. 1882 z. B. betrug die Zahl der in Deutschland wegen Verbrechen und Vergehen — außer Verletzung der Wehrpflicht — verurteilten Personen **315 849** oder **996 auf jedes Hunderttausend** der Bevölkerung. Zwanzig Jahre später, im Jahre 1901, wurden in Deutschland **484 262** Personen bestraft oder **1223 auf das Hunderttausend.** In Prozenten ausgedrückt sind die Bestrafungen in diesen zwanzig Jahren bei **Erwachsenen um 18,** bei **Jugendlichen um 30 Prozent** gestiegen. Wen diese Zahlen noch nicht vom Bankrott des heutigen Strafsystems überzeugen, dem ist die Lektüre der **Rückfall-Statistik** zu empfehlen. In preußischen Zuchthäusern werden Zählkarten für die Sträflinge geführt. Bei **31 000 Gefangenen** bezeichneten die Gutachten der Beamten nur bei **700** einen Rückfall als unwahrscheinlich. So sieht unser „vortreffliches" Strafrecht aus.

Trotz seiner Güte soll es aber doch geändert werden. Seit Jahr und Tag sitzt da in Berlin zu diesem Zweck eine Kommission beisammen. Und der Herr Oberlandesgerichtspräsident lüftet ein ganz klein wenig den Schleier, der über ihrer Arbeit hängt:

„Der Entwurf stellt neben die Freiheitsstrafen die sichernden Maßnahmen, **zu denen er das Arbeitshaus rechnet. Er betont den Schutz der Gesellschaft gegen den Straftäter.** Deshalb bemißt er die Strafe und wählt er die Strafart nicht nur in Rücksicht auf die Tat, sondern auch auf die Gesamtpersönlichkeit und **den Grad der Gemeingefährlichkeit des Täters.** Die Freiheitsstrafe bildet nach wie vor den Mittelpunkt des Strafensystems, aber ihr Anwendungsgebiet erleidet durch den Ausbau der Geldstrafe eine Einschränkung. **Die Todesstrafe tritt als absolutes Strafmittel nur noch in wenigen Fällen auf; die Festungshaft** wird durch die neue Strafart der **Einschließung** ersetzt. **Schärfungen sollen sich** — insbesondere auch für kürzere Strafen — **da fühlbar machen, wo man sich sonst nicht die erforderliche Wirkung versprechen könnte.**"

Da wird ja ein nettes Monstrum zu Tage kommen! Für Duellraufbolde statt der Festung Einschließung, für Plebejer Arbeitshaus und Strafverschärfungen! Man muß sich einmal vergegenwärtigen, wie hoch die Summe der jährlich verhängten Freiheitsstrafen ist. 1901 wurden in Deutschland außer **48 Todesurteilen 28 000 Jahre Zuchthaus und 49 000 Jahre Gefängnis** ausgesprochen. Ebenso wie die Zahl der Bestrafungen seit 1901 weiter gestiegen ist, dürfte auch heute die Gesamtbilanz der Strafen eine weit höhere sein. Verschärfung der Freiheitsstrafe, um die „erforderliche Wirkung" zu erzielen, wo einst ein Gefängnisarzt, Dr. Baer die Wirkung des Strafvollzuges in dem Satz zusammenfaßte: **„Das Leben in der Gefangenschaft befördert nicht nur jede Disposition zu Erkrankungen sie schwächt die Lebensenergie und bringt eine Verschlechterung des Gesamtorganismus hervor, die sich bald in Krankheit und Siechtum äußert."** Und an Gerichtsstelle war es, wo Dr. Baer erklärte: **„Wer sich eine längere Gefängnisstrafe zuzieht, begeht einen chronischen Selbstmord."** Herr Oberlandesgerichtspräsident v. Staff erwartet, der Reichstag werde hoffentlich „Entgegenkommen und Verständnis" zeigen. Wir zweifeln vorläufig noch daran, daß das deutsche Parlament dem vor einigen Jahren in Dänemark gegebenen bösen Beispiel folgen und womöglich die Einführung der Prügelstrafe — fast möchte man sie hinter den geheimnisvoll angedeuteten Strafverschärfungen vermuten — beschließen könnte.

Von der Jugendfürsorge sagt der Artikel:

„Aber alle diese gesetzgeberischen Maßnahmen würden, wie dies besonders auch der Erlaß des Ministers der geistlichen usw. Angelegenheiten vom 18. Januar 1911 mit Recht betont, versagen, wenn nicht die freiwillige — wenn auch staatlich unterstützte — Jugendfürsorge das Beste dabei täte. **Sie sucht die verwahrlosten Kinder auf und bringt sie in geordneten Verhältnissen unter,** sie steht dem Jugendrichter mit Auskunft und Ermittlungen zur Seite, sie verschafft dem Verurteilten bei Strafaufschub Arbeit und Unterkommen und überwacht ihn getreulich. Diese Seite der Jugendfürsorge ist eine der sympathischsten Erscheinungen sozialer Hilfstätigkeit und wohl geeignet, auch scharfe **Klassengegensätze zu mildern und zu überbrücken.**"

Mieltschin, das Reich des Herrn Colander und auch eine rheinische Anstalt, in der der „Jungfernkranz" geschwungen wurde, drängen sich in unser geistiges Gesichtsfeld. Aber das sind nur Ausnahmen und wollten wir sie verallgemeinern, so würde uns mit Fug und Recht die strafende Hand des Staatsanwalts beim Wickel nehmen. Glauben wir daher dem Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten und hören wir etwas von seinen Darlegungen über die Sozialgesetze:

„Als ein weiteres Glied in dem großen Werk der sozialen Fürsorge ist — außer dem bereits besprochenen Fürsorgeerziehungsgesetz — noch das Gesetz vom 30. März 1903 betr. die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben — Kinderschutzgesetz — zu nennen. Kinder unter 13 Jahren dürfen danach in einer Anzahl schwer arbeitender, gefährlicher oder sonst ungeeigneter Betriebe überhaupt nicht beschäftigt werden. Im übrigen ist die Beschäftigung nach Umfang und Inhalt geregelt und der Polizeibehörde ein weitgehendes Aufsichtsrecht eingeräumt. **Strenge Strafen — in den schwersten Fällen Gefängnis bis zu sechs Monaten und Geldstrafe bis zu 2000 Mark — sichern die Beobachtung dieser ebenso segensreichen wie manchen allzu eigennützigen Eltern und Arbeitgebern unbequemen Schutzbestimmungen,** welche sich auch auf die Heimarbeit erstrecken."

Das Kinderschutzgesetz ist so jämmerlich durchlöchert, daß es nach dem Urteil aller Fachleute nur eine ganz minimale Wirkung ausüben kann. Für die Landwirtschaft gilt dieses Gesetz nicht. Und die „strengen Strafen"? Lieber Gott, seit Pfingsten vergeht keine Woche, wo wir nicht von Thorn aus über Verurteilungen wegen Ueberschreitungen dieses Gesetzes hören. 12 bis 15 Ausbeuter von Kindern sind in dieser Stadt seit wenigen Wochen verurteilt worden, ohne daß das Schöffengericht auch nur in einem Falle mehr als die in Thorn „übliche Strafe" (Diese unfreiwillige Kritik ist einer kons. Zeitung entnommen!) von **300 Pfennigen** verhängt hätte. Mag sein, daß die Gerichte anderer Orte schärfer vorgehen, aber neugierig wären wir doch zu wissen, ob in den zehn Jahren seit dem Bestehen des Kinderschutzgesetzes auch nur einer der Liebhaber jugendlichen Kinderfleisches auf sechs Monate ins Gefängnis gegangen ist.

Nach dem Kinderschutzgesetz kommt die Festbetrachtung zur Invalidenversicherung:

„Die Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung betragen wöchentlich von 16 bis 48 Pfennigen: **sie sind also gering im Vergleich zu den Summen,** welche vielfach von den organisierten Arbeitern für **Parteizwecke** gefordert und geleistet werden."

Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß die Beiträge der „organisierten Arbeiter für Parteizwecke" nur 30—40 Pfennige im Monat betragen. Näheres darüber ist in den Berichten, die der Parteivorstand alljährlich erstattet, zu lesen.

„Die neu geschaffene Hinterbliebenenversicherung umfaßt die Hinterbliebenen aller gegen Invalidität versicherten Personen: die Bezüge bestehen aus Witwen- bezw. Witwerrente, Waisenrente, Witwengeld und Waisenaussteuer."

Den Segen der Hinterbliebenenunterstützung mögen einige Tatsachen illustrieren.

Nach Artikel 59 des Einführungsgesetzes werden die von dem verstorbenen Manne vor dem 31. Dezember 1911 gezahlten Beiträge **nicht gerechnet.** Es werden aber den Witwen 500 Wochen des Grundbetrages der Lohnklasse 1 angerechnet. Dieser Grundbetrag beträgt 12 Pfennig pro Woche, also für 500 Wochen 60 Mark. **Von diesen 60 Mark erhält die invalide Witwe als Jahresrente drei Zehntel, ein Kind drei Zwanzigstel und jedes weitere Kind ein Vierzigstel.** Ferner erhält die Witwe einen Reichszuschuß von 50 Mark und jedes Kind einen solchen von 25 Mark. **Die Renten betragen demnach für die invalide Witwe 50 Mark Reichszuschuß, 18 Mark Grundbetrag der Lohnklasse 1, also 68 Mark im Jahre; für ein Kind 25 Mark Reichszuschuß und 9 Mark Grundbetrag, also 34 Mark im Jahre; für jedes weitere Kind 25 Mark Reichszuschuß und 1,50 Mark Grundbetrag also 26,50 Mark im Jahre.**

Will die Witwe 20 Pfennig pro Tag, also 73 Mark pro Jahr und für jedes Kind 10 Pfennig pro Tag, also 36 Mark pro Jahr haben, dann müssen nach dem 1. Januar 1912 schon recht viele Wochenbeiträge bezahlt sein. Durch die Beitragszahlung erhöhen sich die Renten in den ersten 500 Wochen für jede Beitragswoche wie folgt:

	Witwenrente $^{3}/_{10}$ des Grundbetrags und Steigerungssatzes	Ein Kind $^{3}/_{20}$ des Grundbetrags und Steigerungssatzes	Jed. weit. Kind $^{1}/_{40}$ d. Grundbetr. und Steigerungssatzes
Lohnklasse 1	0,9 Pf.	0,45 Pfg.	$^{3}/_{40}$ Pfg.
Lohnklasse 2	2,4 „	1,2 „	$^{1}/_{5}$ „
Lohnklasse 3	3,6 „	1,8 „	$^{3}/_{10}$ „
Lohnklasse 4	4,8 „	2,4 „	$^{2}/_{5}$ „
Lohnklasse 5	6,0 „	3,0 „	$^{1}/_{2}$ „

Bevor eine Witwe 73 Mark Jahresrente, also 20 Pfennig pro Tag, und ein Kind 36,50 Mark also 10 Pfennig pro Tag Rente erlangt, müssen nach dem 1. Januar 1912 (!) folgende Beiträge bezahlt sein:

Lohnklasse 1	**. 556 Wochenbeiträge**	**10 Jahre und 36 Wochen,**
Lohnklasse 2	**. 209 Wochenbeiträge**	**4 Jahre und 1 Woche,**
Lohnklasse 3	**. 136 Wochenbeiträge**	**2 Jahre und 32 Wochen,**
Lohnklasse 4	**. 105 Wochenbeiträge**	**2 Jahre und 1 Woche,**
Lohnklasse 5	**. 83 Wochenbeiträge**	**1 Jahr und 31 Wochen.**

Daß für mehr als ein Kind 10 Pfennig pro Tag als Rente bezahlt wird, das werden von den jetzt lebenden Menschen nur wenige erleben. **Ein Versicherter der Lohnklasse 1 müßte 256 Jahre und 11 Wochen jede Woche seine Marke kleben, wenn das zweite Kind Anspruch auf eine Rente von 10 Pfennig pro Tag erlangen sollte. Aber auch der Höchstversicherte der Lohnklasse 5 muß nach dem 1. Januar 1912 57 Jahre und 40 Wochen jede Woche seine Marke im Werte von 48 Pfennig geklebt haben, bevor er für das zweite Kind eine Rente von 10 Pfennig für den Tag erlangte. Mit Beiträgen der Lohnklasse 4 ist das Ziel in 71 Jahren 8 Wochen zu erreichen.**

So sieht die Hinterbliebenenrente aus. Doch nun zur Angestelltenversicherung.

„Am 1. Januar 1913 ist nun auch das letzte der großen Versicherungsgesetze in Kraft getreten und erfüllt die langgehegten Wünsche der Privatangestellten nach einer eigenen Pensions- und Hinterbliebenenversorgung.

„Angestellte" mit Einkommen bis 5000 Mark sind versicherungspflichtig, freiwillig können sie eintreten mit Einkommen bis 10 000 Mark. Die Leistungen bestehen in **Ruhegeld** — schon von 65 Jahren an — **Hinterbliebenenrente** und **Heilverfahren.** . . .

Das Gesetz füllt eine Lücke aus, welche auch politisch in hohem Grade bedenklich war, indem es für weite Kreise des Mittelstandes eine Fürsorge trifft, der sie ebenso dringend bedürfen wie die Arbeiter, denen sie längst zuteil geworden war."

Nach unserer Meinung wird das Angestelltengesetz, wenn seine „Leistungen" sich erst bemerkbar machen, den Samen der Aufklärung in weite indifferente Kreise tragen. Seine „Renten" geben denen der Invalidenversicherung nichts nach. Es sei nur daran erinnert, daß das Angestelltengesetz in der Lohnklasse A **nach zehnjähriger Mitgliedschaft ein Ruhegehalt von 48 Mark jährlich,** eine **Witwenrente von 19,20 Mark jährlich** und eine **Waisenrente von 3,84 Mark jährlich vorsieht.**

Wir könnten noch eine Weile weiter rezensieren.. Ueber **Veteranenfürsorge** und **Mischehen** mit **Farbigen** läßt sich Herr Oberlandesgerichtspräsident weiter aus. Und natürlich, um der Würde des Vaterlandes Rechnung zu tragen" und dem stolzen Worte civis Germanus sum! (Ich bin ein deutscher Bürger. Red.) Sinn und Bedeutung zu verleihen dürfen Deutsche sich nicht an Schwarze fortwerfen, auch nicht in der Form einer vom Reich anerkannten Ehe."

Gerne äußerten wir zu diesen Dingen auch unsere Meinung. Aber wir wollen der Schlußbetrachtung das Wort lassen:

„Jeder Stand und jeder Beruf prägt seinen Gliedern eine gewisse Eigenart auf. Wir Richter haben die Pflicht, sachlich und ohne Ansehen der Person zu urteilen und unsere Ueberzeugung mit Schrift und Wort mannhaft zu vertreten. Wir sollen unbeirrt das Recht suchen und kennen keinen schwereren Vorwurf als den der Rechtsbeugung und der Bestechlichkeit.

Ein Amt mit solchen Forderungen erzieht selbständige Männer, die sich nur Gott und ihrem Gewissen verantwortlich fühlen."

Politische Übersicht.

Militärischer Kulturmord.

Ein englischer Philanthrop, Sir Max Wächter, hat in einer Broschüre: England, Deutschland und der Friede Europas eine Zusammenstellung der alljährlichen Militärausgaben Europas gegeben und sehr zeitgemäße Glossen an diese Rechnung geknüpft.

Wächter bezeichnet die jährliche Wehrlast Europas auf **7320 Millionen,** sicherlich um **etliche Milliarden zu wenig,** wie seine Veranschlagung der deutschen Rüstungsausgaben beweist, die er mit nur 1400 statt 2000 Millionen ansetzt. Freilich wären auch schon 7320 Millionen jährlich eine ungeheuerliche Summe. Denn Sir Wächter beantwortet die von ihm aufgeworfene Frage: „Was **bedeutet** diese Summe?" folgendermaßen:

„Der **Panamakanal** wird, wenn **vollendet,** ungefähr 1600 Millionen Mark kosten. Europa gibt also für seine Kriegsrüstungen **jährlich mehr als viermal so viel aus,** wie die Kosten des **gewaltigsten** und **teuersten** Ingenieurunternehmens der **Welt** betragen. Wenn wir den Wert von Handelsschiffen im Durchschnitt zu 300 Mark pro Tonne brutto ansetzen, so beträgt der Wert der **ganzen englischen Handelsflotten** von 10 000 Schiffen und von 19 Millionen Tonnen brutto 5700 Millionen Mark, während der **Wert aller Handelsflotten der ganzen Welt,** die 40 Millionen Bruttotonnen umfassen, **12 000 Millionen Mark** beträgt. Die europäischen Staaten geben, wie wir gesehen haben, für ihre Land- und Seerüstung 7320 Millionen Mark pro Jahr oder über sechshundert Millionen Mark pro Monat aus. Mithin geben sie alle 10 Monate eine Summe aus, die dem Werte der ganzen Handelsmarine Englands gleichkommt, und **alle 20 Monate einen Betrag, der ebenso groß ist wie der Wert aller Handelsschiffe der ganzen Welt.** Europa verwendet **jedes Jahr bedeutend mehr für Rüstungszwecke, als für Erziehung,**

Hygiene und alle anderen sozialen Zwecke zusammen. Außerdem wachsen die militärischen Ausgaben der Völker von Jahr zu Jahr mit fortwährend gesteigerter Schnelligkeit.

Dabei sind die Geldverluste nicht die einzigen, die zu beklagen sind. Die gegenwärtige Organisation Europas führt nämlich nicht bloß zu einer enormen Geldverschwendung, sondern auch zu einer ebenso enormen Verschwendung von menschlicher Energie und von menschlicher Arbeit. Mehr als 4 Millionen der kräftigsten jungen Leute stehen in den Heeren und in den Marinen Europas unter Waffen, und mehr als eine Million Zivilisten sind fortwährend mit der Produktion von Kriegsschiffen, Waffen, Pulver und anderem Kriegsmaterial beschäftigt. In anderen Worten: **mehr als 5 Millionen der tüchtigsten Arbeiter, die in Landwirtschaft und Industrie zum Wohle der Volksmassen tätig sein könnten, werden der Produktion entzogen.** Durch diese Entziehung von 5 Millionen der besten Arbeiter und von 1 Million Armeepferden werden die Völker Europas jährlich um eine Summe geschädigt, **die mehrere tausend Millionen Mark beträgt.**"

Für uns Sozialisten ist das ja nichts neues. Das Bürgertum in seiner ungeheuren Mehrheit aber, an das die Betrachtungen Sir Max Wächters gerichtet sind, ist taub gegen alle Argumente der Vernunft. Hat es doch sogar das Mosse-Blatt fertig gebracht, einem berühmten deutschen Gelehrten, dem Professor Wilhelm Ostwald, aus einem Artikel über die kulturmörderischen Folgen des Rüstungswahnsinns im allgemeinen und der neuesten deutschen Wehrvorlage im besonderen die drastischsten Stellen zu **streichen!**

Das Schicksal der modernen Kultur ist nun einmal unlöslich mit der modernen Arbeiterklasse und ihren sozialistischen Idealen verknüpft!

Deutschland.

Wilhelm, der Sonderbare.

Die Frankfurter Zeitung, deren Berliner Vertreter im Hause des Fürsten Bülow verkehrte, veröffentlichte einen Kaiserartikel, der bei aller Zurückhaltung in der Form doch zu den wenigen ehrlichen Bekenntnissen gehört, die zum Regierungsjubiläum in der bürgerlichen Presse erschienen sind.

Darin wird erzählt, daß einmal in Anwesenheit des Kanzlers das Gespräch auf die Frage kam, ob Wilhelm der Zweite Mystiker sei. Im Gespräch bemerkte der Journalist, er sei darüber im Zweifel gewesen, aber er müsse es wohl annehmen, seit er mit Staunen erfahren habe, daß der Kaiser eines Tages den versammelten Generalen in feierlichem Tone mitteilte: **„Ich habe mich heute zum Generaladjutanten weiland Seiner Majestät Wilhelms des Großen ernannt."**

„Gut, daß Sie das erwähnen," sagte der Kanzler, „nun werde ich Ihnen zeigen, wie falsche Beurteilungen entstehen. Sehen Sie, **ich kenne alle europäischen Monarchen und noch einige andere, und ich habe gefunden, daß sie alle auf einem Gebiet — nun, sagen wir, etwas sonderbar sind.** Das ist das Gebiet des Gottesgnadentums, der Familiengeschichte, der Uniformen, der Titel, Orden und dergleichen. Da empfinden und denken sie ganz anders als wir gewöhnlicheren Sterblichen, und man muß das berücksichtigen, wenn man sie verstehen will. Auch diese Ernennung zum Generaladjutanten gehört in dieses Kapitel. Als der Kaiser einmal mit dem Zaren zusammentraf, bemerkte er an dessen Uniform eine Art von Fangschnüren, die ihm außerordentlich gefielen, und er fragte ihn, ob er ihm die nicht verleihen könne. Der Zar sagte, das sei leider nicht möglich, weil nach einer am russischen Hofe üblichen Sitte gewisse direkte Nachkommen des Regierenden diese Schnüre als Abzeichen seines Generaladjutanten tragen, die natürlich einem Fremden nicht verliehen werden können. Darauf hat sich der Kaiser, weil er eben auf diese Schnüre Wert legt, sie selber verliehen, indem er sich, nach dem russischen Beispiel, zum Generaladjutanten seines Großvaters ernannte."

Der Erzähler des pikanten Histörchens fügte dem aus eigenem hinzu: So wie der Kaiser in diesen Dingen, denken alle Monarchen, mit seltenen Ausnahmen und natürlich auch mit kleinen Unterschieden des Grades. Daß der Kaiser als ein besonders pronozierter Vertreter des Gottesgnadentums dasteht, das liegt nur daran, daß die anderen Monarchen in der Oeffentlichkeit ziemlich schweigsam sind, der Kaiser aber redet.

Aus dieser kleinen Anekdote können die Untertanen mit dem beschränkten Verstand lernen, wie mannigfaltig und vielseitig die Dinge sind, mit welchen Wilhelm der Zweite sich beschäftigt.

Ein Abtrünniger.

Der Ex-Jesuit Graf Hoensbroech flüchtet sich in die Post, um dort die Partei, zu der er sich rechnet, die Fortschrittliche Volkspartei, in der denkbar schärfsten Weise anzugreifen. Der Graf fühlt sich furchtbar verletzt, dadurch, daß die Fortschrittliche Volkspartei bei den letzten preußischen Landtagswahlen mit der Sozialdemokratie zu einem Abkommen gelangt ist. Er führt in seiner Zuschrift, die die Form eines offenen Briefes hat, aus:

„Die Sozialdemokratie ist vaterlandslos und antideutsch, unsere Partei soll sein und ist vaterländisch und deutsch. Brücken zwischen diesen beiden Polen gibt es nicht, so viele Berührungspunkte auf sozialpolitischem, politischem und kulturellem Gebiete die Programme beider Parteien auch haben. Aus „Taktik", aus „praktischer Politik" usw. unsere Parteikräfte der Sozialdemokratie zur Verfügung stellen und die sozialdemokratischen Parteikräfte für uns erbetteln, ist grundschlechte „Taktik", ist völlig verfehlte, überaus kurzsichtige „Politik". Obendrein ist ein solches Verhalten vom nationalen Standpunkte aus, den auch Sie als obersten Standpunkt einzunehmen haben, schmachvoll. Ferner sind derartige Bündnisse grundsatzlose Schacherpolitik, die alles opfert, um Mandate zu erlangen. Und endlich wird auch die Selbstachtung, ohne welche jede Partei zugrunde geht, dadurch preisgegeben, denn die Sozialdemokratie, der Sie unsere Partei anbieten, behandelt uns verächtlich."

Man darf annehmen, daß der Graf Hoensbroech damit seinen Bruch mit der Fortschrittlichen Volkspartei vollzogen hat und einen Unterschlupf bei den Freikonservativen suchen und wohl auch finden wird. Es hat den Anschein, als ob sein Weg ihn allmählich wieder dahin zurückführt, woher er gekommen ist, in die Reihen der Jesuiten. Der Liberalismus hat einst große Hoffnungen auf den Grafen Hoensbroech gesetzt, er stellte ihn sogar in Reichenbach im Vogtland als Reichstagskandidaten auf und muß nun eine solche Enttäuschung erleben. Der Liberalismus wird an dem Grafen Hoensbroech nichts verlieren und den Reaktionären kann man diesen Gewinn von Herzen gönnen.

Das direkte und geheime Wahlrecht als Ausfuhrartikel

Am 19. Juni ist in Daressalam der Gouvernementsrat von Deutsch-Ostafrika zusammengetreten, um an erster Stelle über die Bildung eines Landesrats nach südwestafrikanischem Vorbilde zu beraten. Der neue Landesrat soll aus 20 Mitgliedern bestehen, von denen 10 von der weißen Bevölkerung der Kolonie durch direkte, geheime Wahlen endgültig — bisher bestand nur das Repräsentationssystem — gewählt werden, während die übrigen 10 Mitglieder nach freiem Ermessen ernannt werden. Zum Zwecke der Wahlen wird das Schutzgebiet in acht Wahlbezirke eingeteilt, die aus territorial zusammenhängenden Verwaltungsbezirken bestehen. Jeder Wahlbezirk wählt einen Vertreter, Daressalam und Tanger haben jedoch angesichts ihrer Bedeutung für das ganze Schutzgebiet das Recht, zwei Kandidaten zu entsenden. Als Mitglied des Landesrates kann nur gewählt werden, wer mindestens drei Jahre im Schutzgebiet ansässig ist.

Wenn der Preuße also das direkte und geheime Wahlrecht für die Landesvertretung haben will, muß er nach Ostafrika auswandern. Im eigenen Vaterland wird ihm das Recht, das er in der Kolonie bekommt, nicht zugestanden. Es ist eben ein Exportartikel.

Naumann gewählt. Bei der Stichwahl im Kreise Waldeck-Pyrmont ist es erfreulicherweise gelungen, der Ultrareaktion das Mandat wieder zu entreißen. Es erhielten Amtsgerichtsrat Wietmeyer (Wirtsch. Ver.) 6327 und Pfarrer Naumann (Fort. Vol.-p.) 6593 Stimmen. Naumann ist demnach mit 266 Stimmen Mehrheit gewählt. Die Mehrheit ist knapp, was nach dem Resultat der Hauptwahl aber nicht anders sein konnte. Der Ausgang der jetzigen Stichwahl zeigt, daß die sozialdemokratischen Wähler geschlossen für Naumann eingetreten sind.

Der Wehrbeitrag. Ueber die endgültige Gestaltung des Wehrbeitrages finden im Reichsamt noch fortwährend vertrauliche Besprechungen statt, zu denen nunmehr auch die Regierung Stellung genommen hat. Wie die Scherlpresse hört, hat sie folgende Forderungen aufgestellt: 1. Hinaufsetzung der Höchstgrenze der Einkommenbesteuerung auf 10 000 Mark; 2. keine Kapitalisierung des Einkommens durch die beschlossene Multiplikation; 3. Ermäßigung des Höchstsatzes der Steuer auf 1 Prozent, allenfalls auf 1¼ Prozent; 4. bei den Strafen Beseitigung der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, überhaupt eine Milderung der Strafen.

Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstages. Die Wahl des konservativen Abgeordneten v. Bolko im Wahlkreise Sagan-Sprottau wurde beanstandet. Der Protest behauptet, daß die Wahlarbeit für den konservativen Kandidaten im Bureau des Kreisausschusses gemacht wurde, wodurch dieser Kandidatur ein amtlicher Charakter gegeben worden ist. Die Kommission stimmte in ihrer Mehrheit dieser Auffassung zu und beschloß Beweiserhebung. — Für gültig erklärt wurden die Wahlen der Abgeordneten Dr. Werner (Antis.), Herzog (Antis.) und Bruckhoff (Fortschrittliche Volkspartei).

Zentrumspatriotismus auf Kündigung. In Coesfeld in Westfalen wurden einige Jesuitenpater angeblich ausgewiesen, weil sie eine nicht erlaubte „Mission" abhalten wollten. Sie reisten am vorigen Montag ab. Als die Abreise allgemein bekannt war, wurden — so meldet die Kölnische Zeitung — fast allenthalben Fahnen, die wegen des Kaiserjubiläums aushingen, wie auf Verabredung eingezogen. Von dem festlichen Umzuge, der den Glanzpunkt der Jubiläumsfeier bilden sollte, blieben die katholischen Vereine fern. Auch die übrigen Vereine konnten durchweg nur wenige Getreue um ihr Banner scharen.

Ausland.

Niederlande.

Die Parlamentswahlen in Holland haben der Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg gebracht. Die Stimmenzahl ist von 82 000 auf 143 000 gestiegen. Die Sozialdemokratie steht noch in 21 Stichwahlen. Bisher sind gewählt 41 Klerikale, 11 Liberale, 1 Sozialdemokrat. Es haben im ganzen 47 Stichwahlen stattzufinden. Die Wiederkehr einer klerikalen Mehrheit dürfte nach dem Stande der Stichwahlen ausgeschlossen sein.

Wie günstig unsere Sache in Holland steht, ergibt sich am besten aus den Klageliedern, die die Gegner anstimmen. Die klerikale Kölnische Volkszeitung zum Beispiel schreibt über die Niederlage der (katholisch-protestantischen) Koalition: Im Jahre 1905 hatten die Liberalen und Sozialdemokraten zusammen 51 Sitze. Jetzt ist das Ergebnis für die Linke günstiger, weil sie es aller Wahrscheinlichkeit nach auf 54 Sitze bringen wird. Die eigentlichen Sieger sind die Sozialdemokraten. Ihre Stimmenzahl hat enorm zugenommen. . . . Noch eine Wahl wie diese und die

---

Ein Rekrut von Anno 1813.

Von Erckmann-Chatrian.

5] Autorisierte Übersetzung von Ludwig Pfau.

Trotz allem aber erwärmte mir der Gedanke an Kathrine das Herz, und bald entdeckte ich die ersten Häuser von Vierwinden. Die Kamine und die Strohdächer ragten kaum über die Berge von Schnee hervor, und die Leute hatten die Häuser entlang, von einem Ende des Dorfes zum andern, einen Pfad gegraben, um nur von einem Hause zum andern zu kommen. Heute blieb alles beim warmen Herde, und die kleinen, runden Scheiben hatten alle in der Mitte einen roten Punkt von dem großen Feuer, das innen brannte. Vor jeder Türe lag ein Strohbund, um die Kälte nicht unten durchzulassen.

An der fünften Türe rechts hielt ich an, um meine Handschuhe auszuziehen, dann öffnete ich und schloß hinter mir schnell wieder; es war das Haus meiner Tante Gretel Bauer, der Witwe des Mathias Bauer, der Mutter meiner Kathrine.

Als ich vor Kälte zitternd eintrat, wandte Tante Gretel, die am Herde saß, langsam ihr graues Haupt. Kathrine aber im Sonntagsstaat, in einem schönen wollenen Rock, das langgefranste Halstuch kreuzweis über den Busen gebunden, ihre rote Schürze um die schlanke Taille geknüpft und in einem blauseidenen Häubchen, dessen schwarze Sammetbänder ihr frisches Gesichtchen und ihr blondes Haar einrahmten, schrie laut:

„Der Josef!"

Dann lief sie ohne weiteres auf mich zu und umarmte mich mit den Worten:

„Ich wußte wohl, daß dich die Kälte nicht abhalten würde, zu kommen."

Ich war so selig, daß ich kein Wort vorbringen konnte. Ich nahm meinen Mantel ab und hängte ihn mit den Handschuhen an die Wand; dann zog ich die dicken Schuhe des Herrn Gulden aus, und fühlte dabei, wie ich vor Glück ganz bleich wurde.

Ich hätte ihr gern etwas Angenehmes gesagt, aber da mir nichts einfallen wollte, so sagte ich plötzlich:

„Sieh, Kathrine, da ist etwas für deinen Geburtstag; aber du mußt mich vorher noch einmal umarmen, ehe du die Schachtel öffnest!"

Sie bot mir ihre guten, frischen Wangen und trat dann zum Tische; Tante Gretel kam auch herbei. Kathrine löste die Schleife und öffnete. Ich stand hinter ihr, mein Herz klopfte: ich fürchtete in diesem Augenblicke, die Uhr möchte nicht schön genug sein. Aber einen Augenblick darauf sagte sie, die Hände zusammenfaltend, ganz leise:

„O mein Gott, wie schön! eine Uhr!"

„Ja," sagte Tante Gretel, „es ist sehr schön; ich habe noch nie so was Schönes von einer Uhr gesehen; man könnte glauben, sie sei von Silber."

„Und sie ist auch von Silber," rief Kathrine, indem sie sich umwandte und mich fragend ansah.

„Glaubt Ihr, Tante Gretel," erwiderte ich, „daß ich fähig wäre, der, welche ich mehr liebe als mein Leben, eine kupferne versilberte Uhr zu geben? Wenn ich das täte, wäre ich ja schlechter als der Schmutz an meinen Schuhen."

Kathrine schlang auf diese Worte ihre Arme um meinen Hals, und wie wir so dastanden, sagte sie: „Das ist der glücklichste Tag meines Lebens!"

Erst als sich unsere Umarmung löste, war ich imstande, der Tante Gretel auf ihre Frage zu antworten, was denn das Gemälde auf dem Zifferblatt bedeute.

„Dieses Bild", erwiderte ich, „stellt ein Liebespaar vor, das sich unaussprechlich gern hat: Josef Berthold und Kathrine Bauer; Josef bietet seiner Geliebten einen schönen Rosenstrauch an, und sie streckt die Hand aus, um ihn zu nehmen."

Nachdem die Tante Gretel die Uhr gehörig betrachtet hatte, sagte sie:

„Komm, daß ich dich auch küsse, Josef: ich sehe wohl, daß du arg sparen und arbeiten mußtest für diese Uhr, und ich denke, daß das recht schön ist, daß du ein guter Arbeiter bist, und daß du uns Ehre machst."

Ich umarmte sie in der Freude meines Herzens; und von diesem Augenblick an bis zum Mittag ließ ich Kathrinens Hand nimmer los; wir waren glücklich, indem wir einander anschauten.

Die Tante Gretel machte sich am Herde zu schaffen, wo sie Pfannkuchen und Aepfelküchlein bereitete, und andere gute Sachen; aber wir hatten nicht acht darauf. Erst nachdem die Tante ihre rote Jacke und ihre schwarzen Holzschuhe angezogen hatte und ganz vergnügt rief: „Vorwärts, Kinder, zu Tisch!" bemerkten wir das schöne Tischtuch, die große Suppenschüssel, den Krug Wein und die runden goldfarbigen Küchlein auf einem großen Teller in der Mitte.

Das erfreute unsere Augen, und Kathrine sagte:

„Setz dich hierher, Josef, mit dem Gesicht dem Fenster zu, so kann ich dich am besten sehen."

In der großen Küche machte es sich äußerst behaglich, das Feuer knisterte, die Luft über dem Herde zitterte, und die große, ziemlich scheue graue Katze sah uns von fern durch das Geländer der Bodentreppe zu, ohne sich die Stiege herab zu getrauen.

Nach dem Essen sang Kathrine das Lied: „Der liebe Gott" mit ihrer süßen, hellen Stimme, die bis zum Himmel drang; ich sang ganz leise mit. Tante Gretel, welche auch am Sonntag nicht müßig bleiben konnte, fing an zu spinnen, und das Schnurren des Rädchens tönte so angenehm zu unserem Gesang, daß wir, sobald ein Lied zu Ende war, ein neues begannen. Um drei Uhr trug die Tante ihr Zimmerküchlein auf. Wir bissen hinein mit Lachen und allerlei Unsinn, so daß die Tante einmal über das andere ausrief:

„Aber ihr seid wirklich wie kleine Kinder!"

Sie tat, als wollte sie böse werden, aber ihren gefälteten Augen sah man wohl an, daß sie im Grunde des Herzens lachte. So ging es fort bis vier Uhr abends, wo die Nacht hereinbrach; der durch die kleinen Fenster hereinquellende Schatten mahnte uns, daß es bald Zeit wäre, uns zu trennen, und so setzten wir uns ganz traurig an den Herd und blickten in die flackernde Flamme. Kathrine hielt meine Hand und ich, mit gesenktem Kopfe dasitzend, hätte mein Leben drum gegeben, wenn ich hätte dableiben dürfen. Das dauerte so eine gute halbe Stunde, als die Tante plötzlich ausrief:

„Hör, Josef, es ist Zeit, daß du dich auf den Weg machst: der Mond geht nicht vor Mitternacht auf; bald ist es stockfinster draußen, und bei solch einer Kälte kann leicht ein Unglück passieren."

Diese Worte fielen mir schwer aufs Herz und ich spürte, daß Kathrine meine Hand festhielt. Aber die Tante war vernünftiger als wir.

„Jetzt ists genug", sagte sie, indem sie aufstand und meinen Mantel herbeiholte, „du kannst ja nächsten Sonntag wiederkommen."

Ich mußte wohl oder übel die dicken Fuß- und Handschuhe und den Mantel des Herrn Gulden anziehen.

Wenns auf mich angekommen wäre, hätte ich hundert Jahre dazu gebraucht; aber die Tante half mir. Nachdem sie mir den aufgeschlagenen Kragen über die Ohren gezogen hatte, sagte sie:

„Und nun Adieu, Josef!"

Erst küßte ich die Tante und dann Kathrine, die kein Wort mehr sagte. Dann öffnete ich die Türe, und sofort machte mir die plötzlich eindringende furchtbare Kälte begreiflich, daß keine Zeit zu verlieren war.

„Mach, daß du fortkommst", rief die Tante.

„Gute Nacht, Josef, gute Nacht," rief mir Kathrine nach, „vergiß nicht, am Sonntag zu kommen."

Ich winkte noch mit der Hand und lief ohne den Kopf in die Höhe zu heben; denn die Kälte war so stark, daß mir hinter dem großen Pelzkragen das Wasser in die Augen schoß.

Kaum war ich zwanzig Minuten fortgegangen, so hörte ich eine rauhe Stimme, wie die eines Betrunkenen, „Wer da!" rufen.

Ich strengte meine Augen an und erkannte in der tiefen Dämmerung, etwa fünfzig Schritte vor mir den Hausierer Gipfel mit seinem Tragkorb, seiner Ottermütze und seinem großen, eisenbeschlagenen Stock. Ich erkannte im Schimmer der Laterne, die an seinen Tragkorb hing, ganz deutlich sein weingrünes Gesicht, sein Kinn mit den gelben Borsten, und seine Kumpfnase, einem Löschhorn ähnlich. Er riß seine kleinen Augen auf wie ein Wolf und wiederholte sein „Wer da!"

Dieser Gipfel war der größte Lump im ganzen Lande und hatte im vorhergehenden Jahre eine schlimme Geschichte mit Herrn Gulden gehabt, indem er das Geld für eine Uhr, die er im Auftrag desselben verkauft hatte, veruntreute. Zwar schwur er nachher vor Gericht, daß er mir das Geld gegeben habe, aber Herr Gulden wußte wohl, wie er daran war, und hatte ihm nie mehr etwas zu verdienen gegeben. Außerdem hatte ihn Kathrine, mit welcher er auf einem Fest in Vierwinden tanzen wollte, abgewiesen, da sie um die Uhrengeschichte wußte, und hatte dafür den ganzen Abend mit mir getanzt.

Seitdem hatte mich der gefährliche Gauner auf der Muck, und ich war daher keineswegs erbaut, ihn so plötzlich mit seinem eisenbeschlagenen Stocke vor mir zu sehen. Zum Glück befand sich links von mir der um den Kirchhof führende Fußweg, und diesen suchte ich jetzt eilig durch den mir oft bis zum Gürtel reichenden Schnee zu erreichen.

Er erriet aus meiner Flucht, wer ich wäre, und schrie wütend:

„Oho, der kleine Lahme, halt, halt! Ich muß dir einen guten Abend wünschen; du kommst von Kathrine, Uhrendieb!"

Wie ein Haase sprang ich durch den Schnee; er versuchte mir zu folgen, aber durch seine Last gehindert, hielt er bald an, und rief mir, indem er beide Hände an den Mund hielt, nach:

„Es bleibt sich gleich, Lahmer, es bleibt sich gleich; ich rechne doch noch einmal mit dir ab. Die Aushebung steht bevor, die große Aushebung der Einäugigen, Lahmen und Buckligen; du mußt ausmarschieren und wirst dann bleiben, wo die anderen auch geblieben sind."

Mit diesen Worten ging er seinen Weg weiter und lachte wie ein Trunkenbold, der er war, während ich, dem fast der Atem ausgegangen, in der Nähe des Glacis den Weg wiederfand.

Ich war froh, ihm entkommen zu sein, denn es war bekannt, daß er schnell mit dem Messer bei der Hand war, und er hätte mich bös zurichten können.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialdemokraten stehen der Koalition gegenüber, wie früher die Liberalen ihr gegenübergestanden haben. Die Ziffern sind noch schlechter, als erst angenommen wurde. Von den 47 Stichwahlen werden fast sicher 42 für die Rechte ungünstig ausfallen, 2 sind sicher, 3 zweifelhaft. Sogar Wahlbezirke, die man zu den sicheren zählte, sind umgefallen. Eins läßt sich als sicher voraussagen: das Einfuhrzollgesetz ist gefallen. Wie sich die Sozialdemokraten bereits fühlen, geht aus einer Aeußerung Troelstras hervor: „Die Liberalen werden dafür zu sorgen haben, daß ein Ministerium in unserm Geiste ausgeführt wird."

Türkei.

Massendeportation aus Konstantinopel. Der Militärgouverneur von Konstantinopel veröffentlicht eine Liste von Personen, die nach Sinope deportiert wurden, weil sie durch Wort und Schrift „die Gemüter zu erregen gesucht" hätten und so eine Gefahr für die Hauptstadt bildeten. Unter den Deportierten befinden sich 60 Beamte, 7 Advokaten, 8 Journalisten, einige Aerzte und Professoren, 79 Nichtmuselmanen, 150 muselmanische Krämer und Handwerker, 2 frühere Brigadegenerale, ein früherer Oberst und 10 frühere Offiziere.

Kleine politische Nachrichten.

Noch ein erledigtes Reichstagsmandat. Der Reichstags- und bayerische Landtagsabgeordnete Frhr. Conrad v. Malsen-Waldkirch ist an einer Herzkrankheit gestorben. Dieser Zentrumsmann vertrat im Reichstag den ersten niederbayerischen Wahlkreis Landshut, in dem er 1912 mit 12 450 Zentrumsstimmen gegen 1871 sozialdemokratische, 1770 bündlerische und 1642 liberale Stimmen gewählt wurde.

16 Prozent Dividende! Der Aufsichtsrat der Schnellpressenfabrik Frankenthal, Albert & Cie. Akt.-Ges. in Frankenthal, hat beschlossen, der General-Versammlung die Auszahlung einer Dividende von 16 Proz. vorzuschlagen. Die Beschäftigung sowie die Nachfrage im neuen Geschäftsjahr sind befriedigend.

Der Strafrechtsausschuß. Der mit der Ausarbeitung eines Vorentwurfs zum Strafgesetzbuch betraute Ausschuß wird vom 16. Juli bis 16. August eine Ferienpause machen. Der Ausschuß hofft, mit seinen Arbeiten im Spätherbst fertig sein zu können. Dann wird der Entwurf zunächst den Bundesregierungen zur Stellungnahme zugehen. Der Einführungsgesetzentwurf wird erst dann aufgestellt, wenn der neue Strafgesetzentwurf in seinen Grundzügen feststeht.

Eine Strafversetzung! Der Kreisarzt Dr. Thomalla in Altena i. Westf., der im letzten Winter aufsehenerregende Veröffentlichungen über die Unterernährung der Altenaer Schulkinder machte, ist nach Ohlau in Schlesien versetzt worden. So gehts, wenn ein Beamter die Wahrheit feststellt.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Der Kronprinz als Literaturzensor.

Was bisher nur Vermutungen waren, ist jetzt aus berufenem Munde vollauf bestätigt worden: das Verbot der weiteren Aufführung des Jahrhundertfestspiels von Gerhart Hauptmann in Breslau ist auf das Eingreifen des preußischen Kronprinzen erfolgt. Auf eine Anfrage in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung erklärte der Oberbürgermeister Mating, daß die Einstellung der Aufführung nicht wegen des Inhalts des Festspiels, den sie ja alle gekannt und gebilligt hätten, auch nicht wegen der abfälligen Kritik eines gewissen Teiles der deutschen Presse erfolgt sei. Aber als die Gegner des Festspiels dazu übergingen, den Protektor der Ausstellung, den Kronprinzen, hineinzuziehen, was ihnen auch mit Erfolg gelang, da war der Breslauer Magistrat gezwungen (!!), seine Stellung zu der Festspielfrage zu ändern und, wie er glaube im Interesse der Ausstellung, die sonst ihren Protektor verloren hätte — wie schrecklich! —, seine bisherige Ueberzeugung zu opfern und das Festspiel abzusetzen. Der Dichter hätte dem zugestimmt.

Die Begründung des Oberbürgermeisters ist echt — liberal! Genosse Löbe, der für die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion das Wort nahm, versäumte denn auch nicht, die Charakterlosigkeit des liberalen Magistrats gebührend zu kennzeichnen, wofür er einen Ordnungsruf erhielt. Er wies darauf hin, daß in den Blättern, die heute nicht genug gegen das Festspiel hetzen können, zuerst günstige Kritiken gestanden hätten. Allerdings stammten diese Kritiken aus der Feder ihrer literatur- und theaterkundigen Fachleute. Später aber waren andere Mächte am Werke und dieselben Blätter, die das Werk erst gelobt, rissen es nun herunter. Der Breslauer Magistrat hat sich durch die Erpressertaktik einschüchtern lassen und ist jämmerlich zu Kreuze gekrochen. Der Magistrat hat Breslau durch seine Kriecherei in der ganzen Welt so blamiert, daß er sich hätte schämen müssen, hier zu erscheinen. Da aber der Magistrat in diesem Falle kein Schamgefühl zu besitzen scheine, so müssen die Vertreter der Einwohnerschaft sich statt seiner schämen. Die Ausstellung wäre ohne den Protektor nicht zugrunde gegangen.

Die Zentrumsvertreter spielten sich als Schützer der angeblich gekränkten Ehre des deutschen Volkes auf. Von den Liberalen sprach Justizrat Heilberg in einer Art, die jeden nur noch halbwegs aufrechten Demokraten die Schamröte ins Gesicht treiben mußte. Er wollte um Himmelswillen keine harten Worte haben. Zwar hielt auch er das Stück für einwandfrei — aber die hohe Stelle hatte anders entschieden und da müsse man sich fügen! Schlimm wäre es für uns, wenn wir keinen Protektor hätten, ohne ihn bekämen wir keine solche Ausstellung zustande. Es wäre besser, wenn diese peinlichen Erörterungen erst nach Schluß der Ausstellung erfolgt wären, dann wäre das finanzielle Interesse der Stadt nicht gefährdet gewesen. Im übrigen habe er nicht den Wunsch, den Helden zu spielen. — So der Vertreter des unentwegten Fortschritts! Es ist wahrlich zum Erbrechen!

Um sich nicht noch mehr zu blamieren, machten die wackeren Repräsentanten des deutschen Bürgertums hier Schluß.

Aus der bürgerlichen Presse erfährt man übrigens noch eine Reihe Einzelheiten, die die Hetze gegen Hauptmann charakterisieren. So, daß das Stück vor seiner Aufführung in einem Kreise von „ernsten, angesehenen Persönlichkeiten, an deren Urteilsfähigkeit und Patriotismus kein Zweifel bestehen kann", vorgelesen worden ist, ohne daß ein Protest laut wurde. Auch Vertreter der klerikalen und konservativen Presse, die später die Hetze anführte, waren anwesend. Ja, sogar dem Kaiser hat das Stück vorgelegen, ohne das ein Einspruch erfolgte. Erst später wurde die ganze „Gefährlichkeit" des Stückes erkannt. Und nun ging der Hexensabbat los. Der Breslauer Fürstbischof Kopp ließ den Kronprinzen davon verständigen, daß die katholische Bevölkerung durch eine Reihe von Versen, die als „Angriff auf die katholische Kirche" gedeutet werden müßten, sich verletzt fühle. Auch ein hoher Adel fühlte sich in seinen heiligsten Gefühlen verletzt. Die schlesischen Magnaten erklärten, daß sie alles, was sie für die Ausstellung, und speziell für die historische Abteilung hergeliehen hatten, abholen lassen würden, wenn man die Aufführungen des Festspiels nicht sofort abbräche. Es wurde dem Breslauer Magistrat ein Ultimatum in aller Form gestellt, und gleichzeitig setzten die reaktionären Kulturfeinde in Berlin beim Hofe alle Hebel in Bewegung, um ihr Ziel zu erreichen. Mit welchem Erfolg, ist bekannt.

In der Presse wehrt sich Gerhart Hauptmann gegen die Insinuation — die nach dem obigen Bericht unseres Breslauer Korrespondenten übrigens auch der Oberbürgermeister Mating sich zu eigen gemacht hat —, daß er den Abbruch der Aufführungen gebilligt habe. Sein Rechtsbeistand Justizrat Jonas gibt dazu folgende Darstellung:

> Als der Abgesandte des Breslauer Magistrats bei Herrn Dr. Hauptmann erschien, setzte er ihm auseinander, welche großen wirtschaftlichen und andern Nachteile, der Stadt Breslau und der Ausstellung drohten, wenn man nicht dem Druck nachgebe, der ausgeübt werde. Man stehe eben unter einem absoluten Zwang, dem man sich nicht entziehen könne. Hierauf erklärte Herr Hauptmann, er verstehe das Vorgehen des Breslauer Magistrats, es sei ungefähr so, als wenn jemand einen heftigen Stoß in die Wirbelsäule erhalte. Herr Hauptmann war aber weit entfernt, das Verhalten des Breslauer Magistrats zu „billigen".

Nach einem Telegramm des Breslauer Korrespondenten der Kölnischen Zeitung hat Regisseur Reinhard den Fundus des Hauptmann-Festspiels für 50 000 Mark aufgekauft, um es in Berlin zur Aufführung zu bringen.

*

Die Kriegskosten des Hauptmann-Feldzuges werden die Breslauer Steuerzahler zu tragen haben. 60—80 000 Mark Schaden werden ihnen durch die Einstellung der Aufführungen des Hauptmannschen Festspiels entstehen. Die Gesamtkosten für alle 15 Aufführungen betragen 300 000 Mark, jede Vorstellung muß also 20 000 Mark bringen, um die Kosten aufzubringen. Die Abbestellung der vier Vorstellungen bedeutet einen Verlust von 60 000 Mark, den die Breslauer Steuerzahler decken müssen, weil einigen hohen Herrschaften das Festspiel nicht gefällt und weil der Magistrat vor ihnen zusammengeknickt ist.

Armenrecht.

Die Städtische Rechtsauskunftsstelle, Weißmönchenkirchengasse 5, 1 Treppe, schreibt uns:

Was versteht man unter Armenrecht?

Die vorläufige Befreiung von den Kosten eines Prozesses oder einer sonstigen Rechtsangelegenheit.

Wer kann das Armenrecht beanspruchen?

Derjenige, der die Kosten eines Prozesses oder einer sonstigen Rechtsangelegenheit nicht aufbringen kann, ohne dadurch seinen oder seiner Familie notwendigen Unterhalt zu beeinträchtigen. — Im Zivilprozeß kann das Armenrecht sowohl vom Kläger als auch vom Beklagten beansprucht werden, im Strafprozeß jedoch kann nur der Privatkläger, nicht auch sein Gegner das Armenrecht erlangen.

Für welche Angelegenheiten kann das Armenrecht beansprucht werden?

a) Für Angelegenheiten der „streitigen Gerichtsbarkeit". Hierher gehören sämtliche Zivilprozesse, z. B. Kauf-, Miete-, Darlehns-, Ehe-, Erbschaftsprozesse usw. usw.

b) Für Angelegenheiten der „freiwilligen (nicht streitigen) Gerichtsbarkeit". Hierher gehören alle Rechtsangelegenheiten, die ohne Prozeß (ohne Rechtsstreit) geregelt werden können, und zwar entweder vom Gericht oder von einer Behörde oder vom Notar.

Zum Beispiel: Nachlaßsachen (gerichtliche Nachlaßverwaltung, gerichtliche Verwahrung eines Testamentes, Eröffnung und Verkündung eines Testaments oder Erbvertrages, Erteilung eines Erbscheines oder eines Testamentsvollstreckerzeugnisses, gerichtliche Erbauseinandersetzung), Errichtung eines notariellen Testaments oder eines Erbvertrages, Verträge über eheliches Güterrecht (Gütertrennung) usw.

c) Für Privatklagen wegen Körperverletzung oder Beleidigung.

Was erlangt man durch das Armenrecht?

a) Man braucht einstweilen (d. h. solange man nicht in bessere Vermögensverhältnisse kommt) keine Gebühren und Auslagevorschüsse zu zahlen.

b) Man erhält einen Gerichtsvollzieher vorläufig unentgeltlich beigeordnet (für Zustellungen und zur Zwangsvollstreckung).

c) Man bekommt einen vom Gericht bestellten Anwalt unentgeltlich beigeordnet, aber nur bei Prozessen, für die „Anwaltszwang" besteht (Landgerichts-, Oberlandesgerichts-, Reichsgerichtsprozesse). Auf besonderen Antrag kann man auch für Prozesse ohne „Anwaltszwang" (Amtsgerichtsprozesse) den Beistand eines Anwaltes erhalten, aber nur, wenn es sich um rechtlich schwierige Prozesse handelt. Die arme Partei kann sich ihren Anwalt nicht selbst wählen. Der Anwalt der armen Partei wird nicht, wie man oft behaupten hört, „von der Armenverwaltung bezahlt"; er leistet seinen Beistand unentgeltlich, erhält auch keinen Ersatz für bare Auslagen und wird eine Entschädigung für seine Bemühungen nur finden, wenn er den Prozeß gegen einen zahlungsfähigen Gegner gewinnt. —

Wovor schützt das Armenrecht nicht?

Das Armenrecht schützt nicht vor den Nachteilen eines verlorenen Prozesses! Verliert die arme Partei ihren Prozeß, so hat sie die Gerichtskosten zu zahlen, sobald sie in bessere Vermögensverhältnisse gelangt, denn die Befreiung von diesen Kosten war nur „einstweilig", „vorläufig". Auch ist die arme Partei verpflichtet, dem Gegner seine persönlichen (außergerichtlichen) Kosten sogleich zu ersetzen, zum Beispiel die Kosten seines Anwaltes, die Aufwendungen für notwendige Reisen; auch für Versäumnisse kann der Gegner Entschädigung verlangen.

Was die Lustbarkeitssteuer aufbringt.

Eine immer ergiebiger fließende Quelle zur Deckung des Kommunalbedarfs ist die Lustbarkeitssteuer. Sie erbrachte nach dem Etatssoll für das Rechnungsjahr 1912/13 6 499 900 Mark in den 106 preußischen Stadtkreisen oder auf den Kopf der Bevölkerung 0,51 Mark. Allein auf die rheinischen Stadtkreise entfallen von dieser Summe 2 690 800 Mark oder auf den Kopf gerechnet 0,84 Mark. Mit diesem Betrage überragt die Rheinprovinz alle übrigen Provinzen bei weitem. Bei der Lustbarkeitssteuer, die eine mehr städtische Steuerart ist, zeigt sich, daß mit der zentralen Lage der Gemeinden auch relativ das Steueraufkommen wächst. In Breslau kamen nach dem Etatssoll 1912/13 an Lustbarkeitssteuer ein 425 000 Mark, in Frankfurt am Main 410 000 Mark, Magdeburg 260 000 Mark, Kiel 228 000 Mark und Königsberg 200 000 Mark. Ueber 100 000 Mark flossen der Stadtkasse aus der Lustbarkeitssteuer zu in Hannover 190 000 Mark, Halle 150 000 Mark und Danzig 129 700 Mark. Alle anderen preußischen Stadtkreise vereinnahmten, soweit die rheinisch-westfälischen Städte unberücksichtigt bleiben, weniger als 100 000 Mark aus der Lustbarkeitssteuer.

Von Interesse ist der Anteil der Lustbarkeitssteuer an dem Gesamtaufkommen an Gemeindesteuer. So entfielen von je 1000 Mark Gemeindesteuern nach dem Etatssoll 1912/13 auf die Lustbarkeitssteuer in Guben 39 Mark, in Tilsit dagegen nur 4 Mark. An zweiter Stelle steht Thorn mit 31 Mark Lustbarkeitssteuer auf 1000 Mark Gemeindesteuern. Es folgen Graudenz mit 29 Mark, Bromberg 27 Mark, Flensburg 25 Mark, Celle 24 Mark, Stralsund 22 und Emden mit 21 Mark. Zwischen 10 und 20 Mark stellte sich der Anteil in Hildesheim mit 19 Mark, Frankfurt a. O. 18 Mark, Göttingen 18 Mark Kattowitz 15 Mark, Allenstein 14 Mark, Cottbus 14 Mark, Halberstadt 14 und Stendal 13 Mark. Für Brandenburg, Elbing, Forst und Lüneburg galt der Satz von 11 Mark, für Zeitz, Osnabrück, Neiße, Landsberg und Beuthen der Anteilsatz von 10 Mark. In Potsdam und Weißenfels kamen auf 1000 Mark Gemeindesteuern 9 Mark Lustbarkeitssteuern, in Nordhausen 8 Mark, Oppeln 6 Mark und in Harburg 5 Mark.

In den einzelnen Stadtkreisen ergeben sich bei Ermittelung der Belastung mit Lustbarkeitssteuern, auf den Kopf gerechnet, die verschiedenartigsten Verhältnisse. Hier steht, wenn die rheinisch-westfälischen Städte nicht berücksichtigt werden, Kiel mit 1,06 Mark Lustbarkeitssteuer auf den Kopf der Bevölkerung an der Spitze, geringer ist der Anteil in Frankfurt a. M. 0,93 Mark, Magdeburg 0,92 Mark, Bromberg 0,83, Halle und Breslau 0,81 Mark, Königsberg 0,80 Mark, Danzig 0,76 und Graudenz 0,75 Mark. Sieht man sich den Anteil in den übrigen Städten an, so ergeben sich für Göttingen 0,66, Celle 0,65, Thorn 0,64, Hannover, Emden und Kattowitz 0,62 Mark. In der Gruppe zwischen 0,60 bis 0,40 Mark stehen die Städte Posen 0,59 Mark, Hildesheim 0,55 Mark, Cottbus 0,53 Mark, Erfurt 0,52 Mark, Frankfurt a. O. 0,51 Mark, Görlitz 0,41 Mark und Halberstadt 0,40 Mark. In Stendal entfielen auf den Kopf der Bevölkerung 0,37 Mark Lustbarkeitssteuer, in Brandenburg ebenfalls 0,37 Mark, in Forst 0,35 Mark, Lüneburg 0,33 Mark, Cassel und Beuthen 0,32 Mark, Osnabrück 0,30 Mark, Nordhausen und Zeitz 0,28 Mark, Elbing und Spandau 0,26 Mark, Allenstein 0,25 Mark, Weißenfels 0,22 Mark, Guben, Harburg und Neukölln 0,20 und Tilsit 0,13.

Zu einem Teil oder auch ganz wird die Lustbarkeitssteuer in Form einer Billetsteuer erhoben, bei der insbesondere die Kinemathographentheater scharf herangezogen sind.

Bei der Arbeit am Backofen wurde dem Bäckergesellen Windt aus Schildlitz durch eine aus dem Ofen schlagende Flamme das Gesicht verbrannt. Windt mußte nach dem Krankenhause geschafft werden.

Aus der Partei.

August Kaden †.

Am Sonnabend Mittag meldete der Telegraph aus Dresden den Tod von August Kaden. Er ist einer Krankheit erlegen, die ihn vor wenigen Wochen daniederwarf. Mit dem Tode Kadens verliert die Reichstagsfraktion einen ihrer schlagfertigsten Redner und die Partei einen Krieger aus der Zeit des Sozialistengesetzes.

Der ins Grab gesunkene Kämpfer ist am 26. September 1850 in Großenhain in Sachsen geboren. Nachdem er aus der Schule entlassen und das Zigarrenmachen erlernt hatte, ging er 1867 auf die Wanderschaft. Um diese Zeit schloß er sich auch der sozialdemokratischen Partei und dem Allgemeinen deutschen Tabakarbeiterverein an. Mitglied der Partei und Gewerkschaft sein, hatte zur Folge, daß er auch seine ganze Kraft als Agitator einsetzen mußte.

Kadens Fähigkeiten waren nicht gering. Neben dem gesunden Menschenverstand verfügte er über einen köstlichen unverwüstlichen Humor, und er hatte die Gabe, sein Denken und Fühlen in Worten ausdrücken zu können. So wurde er schon in jungen Jahren ein erfolgreicher Redner. Sein Haupttätigkeitsgebiet wurde Dresden und Umgegend. 1874 hatte er sich in Dresden niedergelassen. Dort wirkte er in Gemeinschaft mit J. Auer, Max Kayser und anderen alten Genossen. Ihre Tätigkeit war so erfolgreich, daß schon 1877 der Wahlkreis für die Partei erobert wurde, dessen Abgeordneter Kaden seit 1898 gewesen ist.

Alle Leiden, die ein Kämpfer zu erdulden hatte, hat Kaden erdulden müssen. Der Kampf stellte in den Jahren, in denen Kaden in den vordersten Reihen stand, nicht geringe Anforderungen an den Opfermut der Genossen. Die Organisationen waren schwach und oft ganz unterdrückt. Die wenigen Genossen, die immer zusammenhielten, mußten z. B. bei Wahlen nicht nur Flugblätter schreiben, sondern auch die Druckkosten bezahlen und auch noch die Verbreitung übernehmen. Von sicherer Siegeszuversicht getragen, wurden alle Plagen nicht beachtet.

Jetzt ist das von Begeisterung für die große Sache schlagende Herz zum Stillstand gekommen. Der beredte Mund, der so manchen Proletarier für den Sozialismus gewonnen hat, schweigt. Trauernd steht das Proletariat an dem Sarge eines seiner besten Kämpfer.

Vom Parteihaushalt. Im Mai gingen bei dem Parteivorstand an Prozenten und freiwilligen Beiträgen **48 093,86 Mark** ein. Darunter befanden sich: Bezirk Kassel für 6 Kreise 1459,94 Mark, Bezirk Pommern für 14 Kreise 2002,34 Mark, aus dem Hamburger Echo-Vertrieb 10 000 Mark, Bezirk Hannover für 12 Kreise 5886,69 Mark, Bezirk Brandenburg für 14 Kreise 3708,43 Mark, Bezirk Nordbayern für 21 Kreise 7746,45 Mark, Bezirk Görlitz für 6 Kreise 1232,51 Mark, Lübeck 1115,60 Mark, Berlin diverse Beiträge 5501,18 Mark.

Soziales.

Eine Klosettordnung für weibliche Angestellte!

Ein tolles Stück von Angestelltensklaverei gibt die Buchhändler-Zeitung bekannt. In Hagen in W. giebt es eine Firma Schlegel und von der Heiden, die mit sehr arbeitswilligen „Angestellten" arbeitet. Als vor einiger Zeit die organisierte Arbeiterschaft bei dieser Firma streikte und geschlossen den Betrieb verließ, blieben die Arbeiterinnen in banger Furcht zurück und halfen durch Ueberarbeit den Schaden wieder gut machen, den die Firma durch den Streik erlitt. Den Dank für diese Hilfe erstattet die Firma nun nachträglich durch folgenden Ukas am schwarzen Brett des Betriebes.

Bekanntmachung.

Bei Benutzung des Klosetts haben die weiblichen Angestellten sich an- und abzumelden, und zwar in der Druckerei bei Herrn Bopp, in der Liniererei bei Herrn Diehl, in der Heftere und Falzerei bei Herrn Becker.

Bei Nichtbefolgung dieser Vorschrift werden Strafen bis zu 1 Mark für den einzelnen Fall verhängt. Diese Maßnahme ist wegen Beschwerde eingeführt.

Schlegel und von der Heyden.

Dieser Ukas, der nicht nur gegen Anstand und Sitte, sondern auch direkt gegen das Gesetz verstößt, ist tatsächlich zum Aushang gekommen, und die Klosettaufseher, pardon Meister, sind angewiesen, mit aller Strenge auf die Durchführung zu achten. Es sollen auch schon Bestrafungen vorgekommen sein! Ob die Arbeiterinnen nun einsehen, wie verkehrt sie gehandelt haben, als sie den Streik brachen?

Auswärtige werden möglichst in einem Tage behandelt.

Zähne 1.00 und 1.80 M

ohne ... Gaumenplatte
Norddeutsche
Zahn-Praxis „Reform"
Danzig Pfefferstadt 71
Telefon № 2621

(Am Kassubischen Markt, 2 Minuten vom Bahnhof.)

Für Mk. 1,– und Mk. 1.80 liefere Zähne, welche verschiedentlich mit Mk. 3,– und mehr bezahlt werden müssen, und gebe ich trotz der billigen Preise **10 Jahre reelle schriftliche Garantie für Haltbarkeit.**

☛ Allein-Anfertigung für Danzig. ☚

Patent-

„Reform"- Gebiss

ohne Platte.

Bei Bestellung von künstlichen Zähnen **das Zahnziehen kostenlos.**

Zahnziehen in den meisten Fällen fast schmerzlos

à 1 Mark.

Nach Aussagen und Anerkennungsschreiben meiner Patienten vollständig **schmerzlos.**

Plomben an 2 M., **Reparaturen** an 1 M.

Sprechzeit von 8–8 Uhr, **Sonntags** von 9–2 Uhr.

Geschäftseröffnung.

Dem geehrten Publikum der Altstadt teile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich das seiner zeit der Firma **Rudolf Prautz** gehörige, und seit ca. zwei Jahren von Herrn **C. Schimmelmann** geführte

Mehl-, Speicher- und Kolonialwaren-Geschäft

Schüsseldamm No. 32

wieder eröffnet habe. Ich werde das Geschäft im vollen Umfange betreiben, und wird es mein größtes Bestreben sein, nur erstklassige Ware zu soliden Preisen zu führen. Indem ich das verehrte Publikum bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, empfehle ich mich bestens.

Eugen Neste.

---

1 Nähmaschine preiswert und gut, billig zu verk. Fleischergasse 81, Keller.

Bettgestell mit guter Federmatratze für 10 Mk. zu verk. Langfuhr, Hauptstraße 92, 2 lks.

Adreßbuch 1912 billig zu verkaufen Langfuhr, Hauptstraße 92, 2, links.

1 Sofatisch billig zu verkaufen Eschenweg 12b. Brandenburg.

Baumgartschegasse Wohnung v. 1 St., 2 Kab., Kch., B. f. 23 M.

2 Stuben, Entree, Küche neu renoviert, Gas, Keller, Boden, Zubehör Hertastraße 9.

2 Zimmer-Wohnung u. Zub., alles hell, zum 1. 7. 1913 zu vermieten Vorstädt. Graben 33, Hinterhaus, 2 Tr.

10.00 Mark Wohnung per 1. Juli zu verm. Näh. Schüsseldamm 38, Laden.

Empfehle meine Reparatur-Werkstatt. **Georg Krüger,** Schuhmacher, Schidlitz, Unterstraße 3.

Sehr gut erhaltener, zusammenklappbarer **Sportwagen mit Verdeck** billig zu verkaufen Ohra, Neuer Weg 6.

Rasieren u. Haarschneiden z. gewöhnl. Preisen von Friseur **W. Schreiber,** Tischlergasse 27

Wäsche wird sauber gewaschen und im Freien getrocknet Jungferngasse 9, 2 Treppen.

1 Kinderwagen bill. z. verk. Hirschg. 3 part. rechts, bei **Goertzen.**

Blechflaschen u. andere Blechsachen billig zu haben. F. Blaschewski Breitgasse 5.

Friseur Carl Bartsch Paradiesgasse 4.

Gekrönte Häupter.
Zur Naturgeschichte des Absolutismus.
26 Bände à Band **20** Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung der **„Volkswacht"**, Danzig, Paradiesgasse Nr. 32, sowie durch die Boten.

Friseur H. Babst, Tischlergasse 26.

Eine gut erhaltene Rolle bill. zu verkaufen Böttchergasse 5.

Alte Nähmasch. z. kaufen ges. Off. u. 104 a. d. Expedition der Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Lehrmädchen, kann sich meld. b. **Fr. Hildebrandt,** Glanzplätterin, Schidlitz, Weinbergstraße 11, b.

Für **elektrische Anlagen** jeder Art empfiehlt sich **Schumann,** Hohe Seigen 23.

Ein gut erhaltenes **Fahrrad** mit Freilauf für 35 Mark zu verkaufen. Englischer Damm 28 pt. l.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Danzig.

Am Donnerstag, den 26. Juni, abends 7½ Uhr in der Maurerherberge

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über den Antrag der Zahlstelle Zoppot.
2. Ersatzwahl zum Gauvorstande.
3. Wahl der Schlichtungskommission.
4. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es die Pflicht eines jeden Kollegen, an dieser Versammlung teilzunehmen. Ohne Buch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.
J. A.: Frz. Unterhalt.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt
8. Bezirk.

Freitag, den 27. Juni 1913, abends 8 Uhr im neuen Bezirkslokal

Mitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Regierungsjubiläum und Volksempfinden. Referent: Redakteur Genosse Schröder. 2. Das Resultat der Landtagswahlen in unserm Bezirk. 3. Verschiedenes.

Wir bitten unsere Mitglieder dringend, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. **Die Bezirksleitung.** J. A.: Jurkowski

Wilhelm Zamory
Glas- u. Bilderleisten-Handlung
Teleph. 2505. **Danzig, Tischlergasse 47.** Teleph. 2505.
Durch Einkauf großer Posten Glas und Leisten bin ich in der Lage, zu besonders billigen Preisen zu verkaufen.
Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.

Nigrin Bester Schuhputz

Alleiniger Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Stadtbibliothek.

Nach § 2 der Benutzungsordnung ist die Stadtbibliothek in den Monaten Juli und August wochentäglich von 11–2 Uhr geöffnet, bleibt dagegen des Nachmittags geschlossen.

Der Bibliotheksdirektor.

Die Waffen nieder! Von Berta v. Suttner. Preis broschiert 80 Pfg. gebund. 1.20 M. empfiehlt Buchhandl. Volkswacht.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint wöchentlich einmal :: Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

Abzahlungsgeschäfte
S. Maltenfort, ELBING, Alter Markt 5. Möbel und Konfektion.
N. Fingerhut, Danzig, Milchkannengasse 16

Alkoholfreie Getränke
hr. Schatz Ohra Teleph. 450.
Sinalco

Bäckereien
. Lukahe, Schidl., Karthäuserstr. 15

Beerdigungsanstalten
H. Herder, Elbing, Wilhelmstr. 56

Berufskleidung
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Bettfedern und Betten
... Bettfedern-Reinigung und Desinfektionsanstalt Häkergasse 53
Betten, Bettfedern, Einschüttungen

Bierbrauereien
Danziger Aktien-Bierbrauerei Jahresumsatz ca. 100000 hl.
Schlossbrauerei K. G. m. b. H. Schloßbräu :: Ritterbräu Münchner Paulaner-Bräu.

Bierhandlungen
Bierexportbrauerei B. Bubiltz Graudenz, Culmerstr. 14–18.
Brauereiausschank
Carl Preuss, Graudenz

Hotel zum jungen Löwen, Graudenz, Unterthornerstr. 14

Blumenhandlungen
H. Gall, Graudenz, Oberthornerstr. 5–6.

Brotfabriken
Danziger Brotfabrik G. m. b. H., Kolkowgasse 15. Blaue Schilder kennz. die Niederlagen

Bürsten. Besen. Pinsel
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4

Butter. Eier. Käse
Horst Lettau, Hundegasse 36 ca. 60 Käsesorten stets am Lager.

Cigarrenhandlungen
A. Holz Nachf. Schmiedegasse 19.
J. NOETZEL Paradiesgasse 32 vorzügl. Zigarren-Spezialmarken
M. Krause Rammbau 13 empfiehlt seine Spezialmarken

Corsetts und Schürzen
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Damenputz u. Modewaren
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.
M. Laube, Ohra Kurz-, Weiß-, Wollwaren

Destillation, Liköre
A. ALFERMANN Dampfdestillation „Zur goldenen Kugel" DANZIG, Fischmarkt 40–41.
F. Berner Speichers, Neugasse 19–41 Kolonialwaren.
Oscar Schützmann Tischlergasse ... Liköre, Rum und Cognac.

Drogen und Farben
HYGIEA-DROGERIE, Fischmarkt 1–3. Artikel z. Wäsche und Krankenpflege.

Fahrräder, Nähmaschinen
A. Hein, Breitgasse 115.
Ernst Röhl, Breitgasse 78.
Max Ventzki, Hundegasse 21, T. 2404. Dampfwaschmaschine D. R. P. Wringmaschinen, Reparaturen.
L. Reuters, ELBING, Schichaustr. 9.

Galanterie u. Lederwaren
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Gelegenheitskäufe
Häkergasse 10 Herrengarderobe, Schuhwaren.

Herrengarderobe
S. Lazarus, Langfuhr, Hauptstr. 53 Arbeiterbekleidung, Maßanfertigung u. Herrenartikel
Schwersenz Langfuhr, Hauptstraße 40a Arbeiterbekleidung.
GOLDENE 14 Lange Brücke.
Konfektionshaus Herz Marienwerder Herrenartikel Berufskleidung
Herm. Goldblum Neufahrwasser, Arbeiter-Konf., Herren- und Knaben-Bekleidung.
Otto Daberkow Marienwerder, Markt 19 Herren- und Knaben-Garderoben, Herrenartikel, Spez.: Berufskleidg.

Herrenartikel
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.
Hut-Haus London ...

ENGLISH CLUB Breitgasse 106/107.
SCHMIEDEGASSE 7 Altstädter Graben 78 sämtl. Berufskleidg. z. billigen Preisen.

Kaufhäuser
Partiewaren, Gelegenheitskäufe Junkergasse 1 III. Damm 7–8
Johannes Schamp Elbing, Fischerstr. 43/44. Geschäftshaus für Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung Arbeiter-Garderoben Nähmaschinen und Fahrräder Blaue Rabattmarken
Sally Bieber. Stadtgebiet 46 Manufaktur-, Kurz- u. Schuhwaren sowie sämtl. Arbeitergarderoben.

Kohlen, Holz, Briketts
Danziger Brotfabrik G. m. b. H., Kolkowgasse 15.
C. Ehlert Schidlitz, Karthäuserstr. 130, Futtermittel.
J. Woelke, Ohra, Hauptstr. 19.

Kolonial- und Fettwaren
B. Bahr, Schidlitz, Karthäuserstr. 114.
H. ESAU, Schidlitz, Karthäuserstr. 45.
Rich. Folchert Schidlitz, Unterstr. 10.
Theophil Kuschel, Rammbau 42.
J. Lemke, Schidlitz, Karthäuserstr. 86.
Fr. Ranter, Schidlitz, Oberstr. 94.
J. Reischke, Schidlitz, Neue Sorge 7.
...

C. E. Schimmelmann vorm. PRANTZ Schüsseldamm 32 Mehl, Hülsenfrüchte etc.
Rob. Schulz SCHIDLITZ Karthäuserstr. 107.
A. Seifke, Schidlitz, Unterstr. 18.
Herm. Sielaff, Schidlitz, Weinbergstr. 27.
B. Warkentin, Schüsseldamm 24.
G. Wilitzki, Schüsseldamm 18.
J. Woelke, Ohra, Hauptstrasse 19.

Meiereien
Rob. Kabusch, Schichaugasse 18.
F. Steckel, Fischmarkt 5, Häkergasse 37. Für Wiederverkäufer bill. Bezugsquelle in Käse, Butter etc.

Möbelmagazine
Arthur Schulz DANZIG, III. Damm Nr. 2 Billigste Bezugsquelle f. Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen.

Molkereien
Central-Molkerei G. m. b. H. Danzig Verkaufswagen in allen Stadtteilen.
Friedr. Dohm Produkte in bekannter Güte. Niederlagen in allen Stadtteilen.

Musikinstr., Grammophone
Danziger Sprechmaschinen u. Fahrrad-Zentrale, Hundegasse 33. Reelle und billige Bezugsquelle für Abonnenten der Volkswacht. Zubehör u. Reparaturen enorm billig.

Papier- und Schreibwaren
G. W. PETERSEN ELBING, Alter Markt 53 Schul- und Büro-Artikel.

Schirme, Stöcke, Mützen
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Schneiderei-Artikel
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Schnupftabak-Fabriken
Joh. Kostuchowski Danzig-Schidlitz Karthäuserstr. 118. Telefon 2769.
Julius Gosda Schnupftabak u. Kacheln Danzig, 2. Priestergasse 5 Ecke Häkergasse

Schuhwaren
Großes Schuhwarenlager Inh.: Fortier ... Kl. Mühlengasse, neb. dem ... Arbeiter erhalten Extrarabatt.
Schuhwarenhaus Tuchler Holzmarkt 19 ... billige Preise.
L. Michaelis III. Damm Nr. 6 Heiligegeistg. 94. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeiterstiefel, Reparaturwerkstatt.

Seifen- u. Toilettenartikel
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Spielwaren
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Sprechmaschinen, Platten
A. Hein, Breitgasse 115.
L. Reuters, ELBING, Schichaustr. 9.

Trikotagen, Wollwaren
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Uhren und Goldwaren
...ewski, Junkergasse 6

Wäsche, Weiß- u. Wollw.
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Gustav Schröder, für den Inseratenteil Paul Bencke. Verlag Volkswacht J. Gehl & Co. Druck von J. Gehl & Co. (?), sämtlich in Danzig.

Beilage zur Volkswacht

Nr. 52. | Danzig, den 25. Juni 1913. | 4. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Herrliche Tage.

II.

In den Jubelartikeln der bürgerlichen Presse wird nicht selten der **Zolltarif von 1902** als eine Großtat der kaiserlichen Regierung gefeiert. Und doch ist es dieser Zolltarif, der die Teuerung — die in einem gewissen Maße allerdings auch in anderen Ländern eingetreten ist — in Deutschland so auf die Spitze getrieben hat. Man beachte nur die folgenden Zahlen. Die Handelsverträge, die auf Grund jenes Zolltarifs abgeschlossen wurden und am 1. März 1906 in Kraft traten, brachten z. B. folgende Erhöhungen des Zolls:

Für Roggen	von	3,50	auf	5,—	Mk. pro 100 Kilogr.
„ Weizen	„	3,50	„	5,50	„ „
„ Hafer	„	2,80	„	5,—	„ „
„ Braugerste	„	2,—	„	4,—	„ „
„ Mais	„	1,60	„	3,—	„ „
„ frisch. Fleisch	„	17,—	„	27,—	„ „
„ Speck	„	20,—	„	27,—	„ „
„ Butter	„	16,—	„	20,—	„ „

Da sollen die Lebensmittel nicht teurer werden! Insgesamt enthielt der damalige Zolltarif nicht weniger als 946 Positionen, die für alle möglichen und unmöglichen Waren als Zölle und damit die Preise erhöhten. Es läßt sich auch ganz deutlich sehen, daß die Preise im Jahre 1906 ganz plötzlich und sprunghaft in die Höhe gingen, also als Wirkung der im Jahre 1906 in Kraft getretenen Zollsätze. Nach der amtlichen Statistik des Deutschen Reichs (1. Vierteljahrheft 1913) standen die Indexziffern der folgenden Waren auf:

	1905	1906		1905	1906
Roggen	98	107	Baumwolle	114	130
Hafer	102	114	Kattun	108	127
Schweine	123	128	Roh. Eisen	104	119
Heringe	136	146	Steinkohle	113	118
Schmalz	109	130	Petroleum	99	106

Da sage noch einer, daß die Teuerung nichts mit dem Zolltarif zu tun habe! — Nun gibt es Leute, die behaupten: in anderen Ländern, z. B. in England, wo man keine Zölle hat, sei eine ebensolche Teuerung eingetreten. Das ist aber einfach ein Mißverständnis, wie die Zahlen sofort beweisen werden. Allerdings sind auch in England die Preise gestiegen, aber lange nicht in dem Maße wie bei uns. Und was die Hauptsache ist: die Rohstoffe sind in der Tat auch in England fast ebenso sehr verteuert wie in Deutschland, die verarbeiteten Waren dagegen in Deutschland fast dreimal so stark wie in England. Gegenüber dem Durchschnittspreis der 90er Jahre waren die Preise der Rohstoffe:

	in Deutschland	in England	
1901/05	gestieg. um 13,2%	gestieg. um 13,8%	also ungefähr in gleich. Maße.
1906/10	gestieg. um 26,3%	gestieg. um 22,8%	

Dagegen waren die Preise der **Nahrungsmittel:**

	in Deutschland	in England
1901/05	gestiegen um 9,5%	**gesunken (!)** um 3,7%
1906/10	gestiegen um 23,9%	gestiegen um 2,9%

Dies zeigt klar, daß die Verteuerung der Rohstoffe eine natürliche, allgemeine wirtschaftliche Ursache haben muß; dagegen die Verteuerung der Nahrungsmittel eine besondere, die nur in Deutschland wirkt. Das sind eben die deutschen Zölle.

Fragt man nun, warum die deutsche Regierung eine solche Politik der Verteuerung getrieben hat, so werden zwei Gründe angegeben: erstens um der Landwirtschaft zu helfen, zweitens um Geld in die Kassen des Reiches zu bekommen. Auf das Kapitel von der „Not der Landwirtschaft" wollen wir nicht weiter eingehen. Es genüge mitzuteilen, daß (nach den Berechnungen des Professors Brentano) allein in den drei Jahren 1907—1909 nur die drei Waren Weizen, Gerste und Hafer dem deutschen Volke um 2767 Millionen Mark verteuert worden sind, wovon aber nur 281½ Millionen in die Reichskasse flossen. Der niedliche Rest von 2485½ Millionen Mark fiel den großen Grundbesitzern zu, denen auf diese Weise natürlich kräftig geholfen worden ist.

Wenden wir uns dem andern Grunde zu. Das Reich braucht Geld, viel Geld. Deshalb die Zölle und auch die Verbrauchssteuern, die neben den Zöllen die Lebenshaltung so unmäßig verteuern. Man denke nur an Salz, Bier, Tabak, Streichhölzer, Fahrkarten usw. — Wozu braucht denn das Reich so entsetzlich viel Geld? — Darauf gibts nur eine Antwort: fürs Militär! Für Landheer und Flotte.

Uns Sozialdemokraten wird von unsern Gegnern gern der Vorwurf gemacht, wir seien deshalb gegen das stehende Heer, weil wir das Vaterland wehrlos machen wollen! Das ist ganz falsch. Wir wollen im Gegenteil die allgemeine Wehrpflicht verwirklichen. Wir wollen, daß jeder, der nur irgend die Waffen tragen kann, in ihrem Gebrauch geübt und, wenn es wirklich nötig werden sollte, zur Verteidigung des Landes herangezogen wird. Deshalb fordern wir die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Das aber kann das stehende Heer nicht leisten, weil es so unmenschlich viel Geld kostet! Gegenwärtig wird nur ungefähr die Hälfte der waffenfähigen Mannschaft ausgebildet, und das kostet schon so wahnsinnig viel, daß an eine Verdoppelung natürlich nicht zu denken ist. Und gerade unter der Regierung Wilhelms des Zweiten sind die Ausgaben fürs Militär ungeheuer gewachsen. Es betrugen die gesamten Kosten für Heer und Flotte:

1872 . . .	321	Millionen Mark
1897 . . .	846	„ „
1903 . . .	1062	„ „
1911 . . .	1567	„ „

Und in diesem Jahre 1913 hat man uns bekanntlich eine Militärvorlage bescheert, die allein zu ihrer ersten Verwirklichung 1000 Millionen verschlingen soll, ohne die vielen Millionen, die alljährlich dauernd draufgehen werden. Das ist das Loch, wo all die Geldmassen verschwinden, die das Volk in Gestalt von Zöllen und Verbrauchssteuern aufbringt, das ist die wahre Ursache, weshalb die Lage der breiten Massen heute eine so unsäglich traurige ist, wie wir sie am Anfang geschildert haben.

Nur einen kleinen Ausschnitt aus der Entwicklung des deutschen Volkes während der 25 Jahre Wilhelms des Zweiten haben wir hier besprechen können. Aber wir glauben, er dürfte genügen, um die Frage zu beantworten, ob der deutsche Arbeiter irgendwelchen Anlaß zum Jubel hat.

Deutscher Reichstag.

Sozialdemokratische Reformvorschläge.

Mit nur noch schwer bezähmender Wut sehen die bürgerlichen Parteien, vornehmlich die schwarz-blauen Herrschaften, dem Vorgehen unserer Genossen bei der zweiten Lesung der Militärvorlage zu. Daß die sozialdemokratischen Anträge populär und, was weit mehr besagen will, zweckmäßig und durchführbar sind, begreifen die Bürgerlichen von Heydebrand bis Müller-Meiningen sehr gut. Wenn sie auch alle soziald. Reformvorschläge niederstimmen, ihre Begründung können sie nicht verhindern. Und daß wertvolle Aufklärungsarbeit über das heutige Heeressystem und das Wesen des Militarismus in diesen Tagen durch unsere Genossen von der Parlamentstribüne aus geleistet worden ist, kann nicht bestritten werden. Angesichts der 110 Sozialdemokraten trauen sich die Bürgerlichen auch nicht, Schlußanträge zu stellen; wenn nur bis Sonnabend abend die zweite Lesung fertiggestellt wird, wollen sie sich ins Unvermeidliche ohne geschäftsordnungsmäßige Anstrengungen fügen.

Ueber die Militärverwaltung brachen am 19. Juni abermals wahre Ungewitter herein, als Genosse Heine die sozialdemokratische Forderung der politischen und religiösen Freiheit für die Angehörigen der bewaffneten Macht vertrat. In welchem Umfange und mit welcher Rücksichtslosigkeit die Freiheit der Ueberzeugung beim Militär mißhandelt und mißachtet wird, wies unser Genosse schlagend nach. Die Genossen Vogtherr und Giebel sekundierten ihm dabei, während der Nationalliberale Quark und der Spiritusgewaltige Kreth reaktionäre Purzelbäume zu schlagen versuchten. Herr v. Heeringen schwieg, um die Armee zu verteidigen. Auf dieses Gebiet traute er sich nicht, weil er mit Fug und Recht befürchtete, sehr schnell aus dem Sattel gehoben zu werden.

Sodann stand der sozialdemokratische Antrag zur Beratung, der durch Gesetz die Beseitigung des Militärboykotts fordert. Was Genosse Frank in seiner trefflich aufgebauten und pointierten Rede an Material und Tatsachen zum Vortrag bringen mußte, nahm Herrn v. Heeringen den Mut zur Antwort. Der Kriegsminister sah, daß er hierbei nur konnte geistige Prügel bekommen — und die mußte in erster Linie Generalleutnant v. Wandel in Empfang nehmen. Weder die Junker noch die Nationalliberalen wagten Widerspruch zu erheben, als Frank, gestützt auf beweisbare Tatsachen, die ungeheuerliche Willkür und Brutalität geißelte, die von der Militärdiktatur gerade auf dem Gebiete des militärischen Boykotts ausgeübt wird. Die Tatsachen und die vorgetragenen empörenden Fälle wirkten so mächtig, daß auch der Präsident gegen noch so scharfe Worte der Verurteilung des militärischen Terrorismus nicht einzuschreiten wagte. Der Kriegsminister versteht es zweifellos, sich zu beherrschen, aber jetzt versagte auch bei ihm diese Kunst. Er wurde sichtbar nervös und verlegen. Er richtete sich erst wieder auf, als er sah, daß außer dem Volksparteiler Liesching kein bürgerlicher Redner zur Sache sich äußerte. Das ist ein Skandal für sich. Zentrum, Konservative und Nationalliberale fanden nicht ein Wort des Protestes und der Verurteilung, daß viele Tausende von Gewerbetreibenden, die in der Mehrzahl auch ihre Wähler sind, von der Militärdiktatur schikaniert und finanziell aufs schwerste geschädigt, ja sogar ruiniert werden. **Selbst die Volksparteiler erklärten, den sozialdemokratischen Antrag ablehnen zu wollen** wegen der ihnen nicht genehmen Form. Herr Müller-Meiningen übernahm es, diese klägliche Haltung zu rechtfertigen, was ihm allerdings nicht gut bekommen ist. Und was hatte General v. Wandel zu sagen? Er ging auf einige Nebensächlichkeiten ein und schwieg sich, wie sein Chef, trotz wiederholter Aufforderung über die Hauptpunkte aus.

Zum Schluß der teilweise sehr bewegten Sitzung sprach noch Genosse Bernstein über die Beförderung in der Armee, die nur nach Fähigkeiten erfolgen sollte, wie es die Sozialdemokratie fordert.

Nach Erledigung einer von dem Polen Dombeck gestellten kurzen Anfrage wegen des letzten Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien, kam es am 20. Juni zu einem temperamentvollen Zwischenspiel. Genosse Frank hatte sich beim Präsidenten die Erlaubnis ausgewirkt, vor Eintritt in die Tagesordnung ein Telegramm verlesen zu dürfen, das ihm von Saalinhaberverbänden sowie auch von den Gastwirtsverbänden zugegangen. Das Telegramm wendete sich gegen Aeußerungen des General v. Wandel in der Sitzung von Tage vorher. Nachdem der Präsident bereits dem Genossen Frank das Wort erteilt hatte, meldete sich Graf Westarp zur Geschäftsordnung zum Wort, um Protest dagegen zu erheben, daß dem Abgeordneten Frank die Verlesung des Telegramms gestattet werde. Im Widerspruch mit allen Regeln parlamentarischer Geschäftsführung erteilte Herr Kaempf auch dem Grafen Westarp das Wort, trotzdem Frank schon zu sprechen begonnen hatte. Die Folge war natürlich eine sehr heftige Geschäftsordnungsdebatte, die dem Genossen Haase Anlaß gab, diese unglaubliche Geschäftsführung des Herrn Kaempf zurückzuweisen. Der ehemalige schwäbische Kammerpräsident v. Payer und der konservative Scharfmacher Schultz (Bromberg) sprangen dem Präsidenten bei. Wir haben schon früher zum Ausdruck gebracht, daß es ein wahres Elend mit dem Präsidenten Kaempf ist. Zu seiner totalen Unfähigkeit für das gewiß sehr schwierige Amt eines Reichstagspräsidenten gesellt sich bei ihm die immer offener zutage tretende Angst vor dem Zentrum und den Konservativen. Animiert die Rechte Herrn Kaempf zu einem Ordnungsruf, flugs — ein treuer Knecht ist Fridolin — verhängt ihn dieser wackere liberale Bürgersmann. Gegen die Rechte aufzutreten wagt er es gar nicht mehr. Weil die Junker verhindern wollten, daß das Telegramm verlesen und dem Stenogramm einverleibt wird, gehorchte der Fortschrittsmann Kaempf. Aber ihre Bemühungen waren vergebens, denn Genosse Schöpflin, der als zweiter Redner zum ersten Gegenstand der Tagesordnung, zur Frage der Beförderung in der Armee, sprach, nutzte eine Aeußerung des Generals Wandel in der Kommission aus, um das an Frank gerichtete Telegramm unter großer Heiterkeit im Wortlaut zu verlesen. Die Liebedienerei des Präsidenten und die Aktion des Grafen Westarp waren also für die Katz gewesen. Sie haben dem Reichstag nur eine halbe Stunde Zeit gekostet.

Der sozialdemokratische Antrag, der dem Militärboykott ein Ende bereiten wollte, wurde in namentlicher Abstimmung mit 201 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Junker, Pfaffen, Nationalliberale und Volksparteiler stimmten in trauter Harmonie den Antrag nieder, der doch in erster Linie dem Schutze eines Teils des gewerblichen Mittelstands gegolten hat. Eine im Sinne des Antrags gehaltene, aber schwächliche Resolution der Budgetkommission fand dagegen mit 196 gegen 100 Stimmen Annahme.

Sodann wurde die Debatte über den sozialdemokratischen Antrag **wegen Beförderung in der Armee** fortgesetzt. Der Antisemit Werner (Gießen) erging sich in den ödesten und plattesten antisemitischen Redensarten, bis ihn Zurufe aus allen Parteien zwangen, mit seinen Seichtheuteleien ein Ende zu machen. Gewisse Schöpflin antwortete dem Antisemiterich kurz und kräftig und trat der militärischen Willkür bei der Beförderung entgegen. Nicht die Fähigkeit entscheidet in erster Linie, sondern gesellschaftliche Stellung und genehme politische und religiöse Auffassung, oder richtiger gesagt — Heuchelei. Auch Herr Erzberger deckte den Antisemiten Werner zu und forderte religiöse Duldung im Heere. Daß auch die Freiheit der politischen Gesinnung im Heere geachtet werden soll, das zu verlangen hütete sich Herr Erzberger. Ungemein scharf geißelte noch Genosse Heine die Ungesetzlichkeit der Militärdiktatur. Nach kurzen Bemerkungen der Genossen Bernstein und Frank wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen und der Polen abgelehnt.

Genosse Liebknecht begründete sodann den sozialdemokratischen Antrag, der ein Verbot gegen die Verwendung von Soldaten im **wirtschaftlichen** und **politischen Kampfe** forderte. Unter Bezugnahme auf viele Reden des Kaisers, in denen Offiziere und Mannschaften aufgefordert worden sind, auch gegen den „inneren Feind" ihre Schuldigkeit zu tun, charakterisierte Liebknecht die Tatsache, daß das Heer gegebenenfalls auch gegen das eigene Volk, die Soldaten gegen Vater und Mutter in Aktion treten sollen. Die militärischen Aufgebote bei Streiks wurden einer nicht minder scharfen Kritik unterzogen. Da S. M. erwähnt worden war, mußte der Kriegsminister, der in den letzten Tagen doch mürbe geworden war, das angebotene Gefecht wohl oder übel aufnehmen. Er schlug starke Töne an und entrüstete sich gar mächtig, daß die Hohenzollern von Liebknecht ein bißchen unsanft behandelt worden waren. Genosse Sachse eröffnete gleichfalls das Feuer auf den Minister, der sich seiner Haut wehrte, so gut es ging. Nicht unerwähnt soll aber bleiben, daß der Minister sich ganz offen dazu bekannte, Militär bei Streiks und inneren politischen Kämpfen zu verwenden. Die Scharfmacher aller Gattungen werden mit Herrn v. Heeringen sehr zufrieden sein. Genosse Stadthagen vertrat zum Schlusse noch die sozialdemokratischen Anträge, die eine **Reform des Militärstrafrechts forderten.** An krassen Beispielen erörterte unser Genosse, wie die Militärjustiz arbeitet, wie rückständig, ja geradezu barbarisch die militärischen Strafbestimmungen sind. Die bürgerliche Mehrheit wird aber trotzdem auch diese Reformbestrebungen der Sozialdemokratie ablehnen.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Fortschrittliche Freude.

Der Danziger Zeitung hängt der Himmel wieder einmal voller Baßgeigen. Zum Gott weiß wievielten male sieht sie die Sozialdemokratie demnächst mausetot und den „Fortschritt" als lachenden Erben an der Bahre stehen. In den acht Wahlkreisen Groß-Berlins nämlich muß die Partei im vorigen Jahre einen Mitgliederverlust von 971 Genossen verzeichnen und auch der Vorwärts hat in Groß-Berlin ein paar tausend Abonnenten weniger als im Vorjahre. Zwar zählt die politische Organisation unserer Partei innerhalb der fraglichen Kreise immer noch **118798 Mitglieder,** zwar hatte sie im Berichtsjahre noch die „Kleinigkeit" von **397810 Mark** vereinnahmt. Und der Vorwärts hatte in Berlin noch immer **141227 Abonnenten.** Aber das alles wird die Sozialdemokratie nicht vor dem Tode retten, denn auch in der Provinz steht's um die sozialdemokratische Sache schlecht. Da ist beispielsweise die rote Hochburg Solingen. Auch hier klagt die sozialdemokratische Parteileitung über einen Stillstand. Ergo: der Höhepunkt ist überschritten. Hinfort geht's mit der Sozialdemokratie abwärts . . .

Scherz bei Seite. Sicher sind die Terrainverluste in Berlin bedauerlich. Torheit wäre es, das zu leugnen. Aber wo gibt es eine Entwicklung, die sich nicht in Wellenbewegungen äußerte? Auf die Flut folgt die Ebbe und nach den riesigen Fortschritten, die unsere Partei in den letzten Jahren verzeichnen konnte, ist mit Sicherheit hier und da ein zeitweiliger Stillstand oder sogar Rückgang denkbar. **Wenn jedoch der Parteivorstand seine Gesamtbilanz aufmachen wird, werden der Danziger Zeitung wie in früheren Jahren vor Neid die Augen übergehen.** Übrigens braucht ein äußerlicher Stillstand nicht ein Zeichen von Verfall zu sein. Nehmen wir einmal Danzig. Mindestens 1200 Bauarbeiter haben in diesem Jahre keine Beschäftigung am Orte gefunden und sind gezwungen gewesen, sich auswärts Arbeit zu suchen. Es wäre also nicht weiter verwunderlich, wenn sich auch bei uns ein „Stillstand" zeigte. Aber wären uns darum die Genossen verloren? Im Gegenteil! Gerade die auswärts arbeitenden Proletarier sind an den vom Sozialismus noch unberührten Orten die Pioniere unserer Ideen und was erst vom Uebel schien, verwandelt sich in Gutes. Leicht denkbar ist es, daß die außerordentlich große Preissteigerung der Lebensmittel manchen Berliner Arbeiter, der den Vorwärts allein abonniert hatte, jetzt nötigt, ihn mit seinem Nachbar zusammen zu lesen. Die Sozialdemokratie wird, wenn längst keine Danziger Zeitung und kein preußischer Staat da ist, noch lustig blühen und gedeihen.

Auch ein Regierungsjubiläum.

Anläßlich der Generalversammlung der Buchdrucker-Organisation feierte der Ortsverein Danzig sein Johannisfest am Freitag im Schützenhause. Nachdem das Gartenkonzert beendet war, wurde die Feier in den Saal verlegt. Hier brachte der Buchdrucker-Gesangverein in vortrefflicher Weise mehrere Gesangsstücke zum Vortrag. Als die Verbandshymne verklungen war, hielt der Gauvorsteher von Berlin, Albert Massini, die Festrede. Die Bedeutung der Johannisfeste für die Buchdrucker und deren Familien kurz streifend, führte er weiter aus, daß es heute gelte, des Mannes zu gedenken, der 25 Jahre an der Spitze unserer Organisation stehe. Es wolle was heißen, 25 Jahre als Vorsitzender einer Arbeiterorganisation zu wirken. Er gab dann ferner ein Bild des Werdens und Wirkens Emil Döblins, den Wunsch daran knüpfend, daß der Jubilar uns noch recht lange erhalten bleibe, um uns mit seiner reichen Erfahrung voranzugehen. Aus Anerkennung für seine erfolgreiche Arbeit habe ihm die Organisation ein kleines Geschenk gemacht. (Redner überreichte eine Brieftasche mit Inhalt.) Ferner habe der Verbandstag beschlossen, die Zukunft Döblins und des ebenfalls 25 Jahre im Vorstande tätigen Hauptkassierers Eifler sicherzustellen. Wenn der Zeitpunkt eintreten sollte, daß die beiden durch Krankheit oder Alter nicht mehr in der Lage seien, ihre Ämter zu versehen, dann solle ihnen ¾ ihres Gehaltes als Ruhelohn gezahlt werden. Mit einem Hoch auf Döblin schloß der Redner. — Es sprachen dann die Vertreter des österreichischen, französischen

Auswärtige werden möglichst in einem Tage behandelt.

Zähne 1.00 und 1.80 M

ohne Zahnziehen Nordeutsche Zahn-Praxis „Reform"

Danzig Pfefferstadt 71, I

Telefon Nr. 2621

(Am Kassubischen Markt, 2 Minuten vom Bahnhof.)

Für Mk. 1,– und Mk. 1.80 liefere Zähne, welche verschiedentlich mit Mk. 3,– und mehr bezahlt werden müssen, und gebe ich trotz der billigen Preise **10 Jahre reelle schriftliche Garantie für Haltbarkeit.**

Allein-Anfertigung für Danzig.

Patent-

„Reform"- Gebiss

ohne Platte.

Bei Bestellung von künstlichen Zähnen **das Zahnziehen kostenlos.**

Zahnziehen in den meisten Fällen fast schmerzlos

à 1 Mark.

Nach Aussagen und Anerkennungsschreiben meiner Patienten vollständig **schmerzlos.**

Plomben an 2 M., **Reparaturen** an 1 M.

Sprechzeit von 8–8 Uhr, **Sonntags** von 9–2 Uhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Danzig.

Am Donnerstag, den 26. Juni, abends 7½ Uhr in der Maurerherberge

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über den Antrag der Zahlstelle Zoppot.
2. Ersatzwahl zum Gauvorstande.
3. Wahl der Schlichtungskommission.
4. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es die Pflicht eines jeden Kollegen, an dieser Versammlung teilzunehmen. Ohne Buch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.
J. A.: **Frz. Unterhalt.**

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

8. Bezirk.

Freitag, den 27. Juni 1913, abends 8 Uhr im neuen Bezirkslokal

Mitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Regierungsjubiläum und Volksempfinden. Referent: Redakteur Genosse Schröder. 2. Das Resultat der Landtagswahlen in unserm Bezirk. 3. Verschiedenes.

Wir bitten unsere Mitglieder dringend, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. **Die Bezirksleitung.** J. A.: Jurkowski

---

Geschäftseröffnung.

Dem geehrten Publikum der Altstadt teile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich das seiner zeit der Firma **Rudolf Prautz** gehörige, und seit ca. zwei Jahren von Herrn **C. Schimmelmann** geführte

Mehl-, Speicher- und Kolonialwaren-Geschäft

Schüsseldamm No. 32

wieder eröffnet habe. Ich werde das Geschäft im vollen Umfange betreiben, und wird es mein größtes Bestreben sein, nur erstklassige Ware zu soliden Preisen zu führen. Indem ich das verehrte Publikum bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, empfehle ich mich bestens.

Eugen Neste.

---

1 Nähmaschine preiswert und gut, billig zu verk. Fleischergasse 81. Keller.

Bettgestell mit guter Federmatratze für 10 Mk. zu verk. Langfuhr, Hauptstraße 92, 2 lks.

Adreßbuch 1912
billig zu verkaufen Langfuhr, Hauptstraße 92, 2, links.

1 Sofatisch billig zu verkaufen Eichenweg 12b. Brandenburg.

Baumgartschegasse Wohnung v. 1 St., 2 Kab., Kch., B. f. 23 M.

2 Stuben, Entree, Küche neu renoviert, Gas, Keller, Boden, Zubehör Hertastraße 9.

2 Zimmer.-Wohnung u. Zub., alles hell, zum 1. 7. 1913 zu vermieten Vorstädt. Graben 33, Hinterhaus, 2 Tr.

10.00 Mark
Wohnung per 1. Juli zu verm. Näh. Schüsseldamm 38, Laden.

Empfehle meine Reparatur-Werkstatt. **Georg Krüger,** Schuhmacher, Schidlitz, Unterstraße 3.

Sehr gut erhaltener, zusammenklappbarer **Sportwagen mit Verdeck** billig zu verkaufen Ohra, Neuer Weg 6.

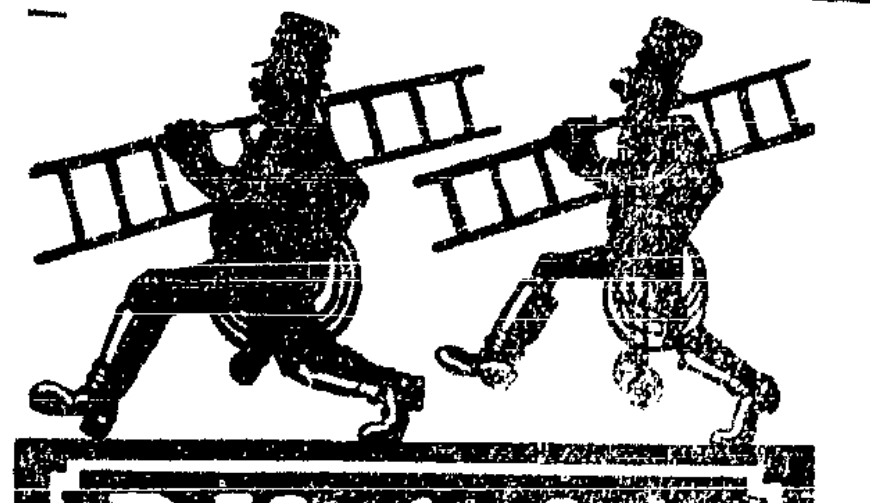
Wilhelm Zamory

Glas- u. Bilderleisten-Handlung

Teleph. 2505. **Danzig, Tischlergasse 47.** Teleph. 2505.

Durch Einkauf großer Posten Glas und Leisten bin ich in der Lage, zu besonders billigen Preisen zu verkaufen.

Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.



Nigrin

Bester Schuhputz

Alleiniger Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Gekrönte Häupter.

Zur Naturgeschichte des Absolutismus.

2 Bände à Band **20** Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Danzig, Paradiesgasse Nr. 32, sowie durch die Boten.

Friseur H. Babst, Tischlergasse 26.

Eine gut erhaltene Rolle bill. zu verkaufen Böttchergasse 5.

Alte Nähmasch, z. kaufen ges. Off. u. 104 a. d. Expedition der Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Lehrmädchen, kann sich meld. b. Fr. Hildebrandt, Glanzplätterin, Schidlitz, Weinbergstraße 11, b.

Für **elektrische Anlagen** jeder Art empfiehlt sich **Schumann,** Hohe Seigen 23.

Ein gut erhaltenes

Fahrrad

mit Freilauf für 35 Mark zu verkaufen.

Englischer Damm 28 pt. l.

Rasieren u. Haarschneiden
z. gewöhnl. Preisen von Friseur **W. Schreiber,** Tischlergasse 27

Wäsche wird sauber gewaschen und im Freien getrocknet Jungferngasse 9, 2 Treppen.

1 Kinderwagen
bill. z. verk. Hirschg. 3 part. rechts, bei **Goertzen.**

Blechflaschen u. andere Blechsachen billig zu haben. F. Blaschewski Breitgasse 5.

Friseur Carl Bartsch Paradiesgasse 4.

Stadtbibliothek.

Nach § 2 der Benutzungsordnung ist die Stadtbibliothek in den Monaten Juli und August wochentäglich von 11–2 Uhr geöffnet, bleibt dagegen des Nachmittags geschlossen.

Der Bibliotheksdirektor.

Die Waffen nieder!

Von Berta v. Suttner. Preis broschiert 80 Pfg. gebund. 1.20 M. empfiehlt Buchhandl. Volkswacht.

Erscheint wöchentlich einmal

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

Abzahlungsgeschäfte
S. Maltenfort, ELBING, Alter Markt 5, Möbel und Konfektion.
H. Fingerhut, Danzig, Milchkannengasse 16, Möbel, Manufaktur, Konfektion.

Alkoholfreie Getränke
[illegible] hr. Schatz, Ohra, Teleph. 450.
Sinalco

Bäckereien
[illegible] Kaiske, Schidl., Karthäuserstr. [illegible]

Beerdigungsanstalten
H. Herder, Elbing, Wilhelmstr. 58.

Berufskleidung
[Jul]ius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Bettfedern und Betten
[illegible] Bettfedern-Reinigung und Desinfektionsanstalt, Häkergasse 53, Betten, Bettfedern, Daunen [illegible]

Bierbrauereien
Danziger Aktien-Bierbrauerei, Absatz ca. 100 000 hl.
[illegible] Schlossbrauerei G. m. b. H. Schloßbräu :: Ritterbräu, Münchner Paulaner-Bräu.

Bierhandlungen
Bierversandhaus B. Bublitz, Graudenz, Ostmarkstr. 14–16.
[illegible]
Carl Preuss, Graudenz [illegible]

Hotel zum jungen Löwen, Graudenz, Unterthornerstr. 14

Blumenhandlungen
H. Gall, Graudenz, Oberthornerstr. 5–6.

Brotfabriken
Danziger Brotfabrik G. m. b. H., Kolkowgasse 15. Blaue Schilder kennz. die Niederlagen.

Bürsten, Besen, Pinsel
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Butter, Eier, Käse
Horst Lettau, Hundegasse 36, ca. 60 Käsesorten stets am Lager.

Cigarrenhandlungen
A. Holz Nachf., Schmiedegasse 19
J. NOETZEL, Paradiesgasse 32, vorzügl. Zigarren-Spezialmarken.
M. Krause, Rammbau 13, empfiehlt seine Spezialmarken

Corsetts und Schürzen
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Damenputz u. Modewaren
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.
M. Laube, Ohra, Kurz-, Weiß-, Wollwaren.

Destillation, Liköre
A. ALFERMANN, Dampfdestillation „Zur goldenen Engel", DANZIG, Fischmarkt 40–41.
F. Berner, Spendhaus, Neugasse 10–11, Kolonialwaren.
Oscar Schiffmann, Tischlergasse 4[illegible], [illegible]

Drogen und Farben
HYGIEA-DROGERIE, [illegible] 1–8, Artikel z. Wäsche und [illegible]pflege.

Fahrräder, Nähmaschinen
A. Hein, Breitgasse 115
Ernst Röhl, Breitgasse 78.
Max Ventzki, Hundegasse 21, T. 3404, Dampfwaschmaschine D. R. P., Wringmaschinen, Reparaturen.
L. Reuters, ELBING, Schichaustr. 9.

Galanterie u. Lederwaren
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Gelegenheitskäufe
Häkergasse 10, Herrengarderobe, Schuhwaren.

Herrengarderobe
S. Lazarus, Langfuhr, Hauptstr. 53, Arbeiterbekleidung, Maßanfertigung • Herrenartikel
Schwersenz, Langfuhr, Hauptstraße 40a, Arbeiterbekleidung.
GOLDENE 14, Lange Brücke.
Konfektionshaus Herz, Marienwerder, Herrenartikel, Berufskleidung.
Herm. Goldblum, Neufahrwasser, Arbeiter-Konf., Herren- und Knaben-Bekleidung
Otto Daberkow, Marienwerder, Markt 10, Herren- und Knaben-Garderoben, Herrenartikel, Spez.: Berufskleidg.

Herrenartikel
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.
Hut-Haus London [illegible]

ENGLISH CLUB, Breitgasse 106/107.
SCHMIEDEGASSE 7, Altstädter Graben 78, sämtl. Berufskleidg. z. billigen Preisen.

Kaufhäuser
Partiewaren, Gelegenheitskäufe, Junkergasse 1, III. Damm 7–8
Johannes Schamp, Elbing, Fischerstr. 43/44, Geschäftshaus für Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung, Arbeiter-Garderoben, Nähmaschinen und Fahrräder, Blaue Rabattmarken
Sally Bieber, Stadtgebiet 46, Manufaktur-, Kurz- u. Schuhwaren sowie sämtl. Arbeitergarderoben.

Kohlen, Holz, Briketts
Danziger Brotfabrik G. m. b. H., Kolkowgasse 15.
C. Ehlert, Schidlitz, Karthäuserstr. 130, Futtermittel.
J. Woelke, Ohra, Hauptstr. 19.

Kolonial- und Fettwaren
B. Bahr, Schidlitz, Karthäuserstr. 114.
H. ESAU, Schidlitz, Karthäuserstr. 46.
Rich. Folchert, Schidlitz, Unterstr. 10.
Theophil Kuschel, Rammbau 43.
J. Lemke, Schidlitz, Karthäuserstr. 86.
Fr. Kaster, Schidlitz, Oberstr. 94.
J. Reischke, Schidlitz, Neue Sorge 7.
[illegible]

C. F. Schimmelmann vorm. PRANTZ, Schüsseldamm 32, Mehl, Hülsenfrüchte etc.
Rob. Schulz, SCHIDLITZ, Karthäuserstr. 107.
A. Sellke, Schidlitz, Unterstr. 18.
Herm. Sielaff, Schidlitz, Weinbergstr. 27.
E. Warkentin, Schüsseldamm 24.
G. Willutzki, Schüsseldamm 18.
J. Woelke, Ohra, Hauptstrasse 19.

Meiereien
Rob. Kobusch, Schichaugasse 15.
F. Steckel, Fischmarkt 5, Häkergasse 37. Für Wiederverkäufer bill. Bezugsquelle in Käse, Butter etc.

Möbelmagazine
Arthur Schulz, DANZIG, III. Damm Nr. 2. Billigste Bezugsquelle f. Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen.

Molkereien
Central-Molkerei G. m. b. H. Danzig, Verkaufswagen in allen Stadtteilen.
Friedr. Dohm, Produkte in bekannter Güte. Niederlagen in allen Stadtteilen.

Musikinstr., Grammophone
Danziger Sprechmaschinen u. Fahrrad-Zentrale, Hundegasse 33. Reelle und billige Bezugsquelle für Abonnenten der Volkswacht. Zubehör u. Reparaturen enorm billig.

Papier- und Schreibwaren
G. W. PETERSEN, ELBING, Alter Markt 23, Schul- und Büro-Artikel.

Schirme, Stöcke, Mützen
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Schneiderei-Artikel
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Schnupftabak-Fabriken
Joh. Kostuchowski, Danzig-Schidlitz, Karthäuserstr. 113. Telefon 2747.
Julius Gosda, Schnupftabakfabrik, Danzig, 2. Priestergasse 5, Ecke Häkergasse.

Schuhwaren
Großes Schuhwarenlager, Inh.: Fortier, Repar.-Werkst., Kl. Mühlengasse, neb. dem Pfarrhaus. Arbeiter erhalten Extrarabatt.
Schuhwarenhaus Tuchler, Holzmarkt 19, bekannt billige Preise.
L. Michaelis, III. Damm Nr. 6, Heiligegeistg. 96. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeiterartikel, Reparaturwerkstatt.

Seifen- u. Toiletteartikel
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Spielwaren
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Sprechmaschinen, Platten
A. Hein, Breitgasse 115.
L. Reuters, ELBING, Schichaustr. 9.

Trikotagen, Wollwaren
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Uhren und Goldwaren
Korzowski, Junkergasse 6

Wäsche, Weiß- u. Wollw.
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Gustav Schröder, für den Inseratenteil Paul Bencke. Verlag Volkswacht J. Gehl & Co. Druck von J. Sengowski, sämtlich in Danzig.

Beilage zur Volkswacht

Nr. 52. | Danzig, den 25. Juni 1913. | 4. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Herrliche Tage.

II.

In den Jubelartikeln der bürgerlichen Presse wird nicht selten **der Zolltarif von 1902** als eine Großtat der kaiserlichen Regierung gefeiert. Und doch ist es dieser Zolltarif, der die Teuerung — die in einem gewissen Maße allerdings auch in anderen Ländern eingetreten ist — in Deutschland so auf die Spitze getrieben hat. Man beachte nur die folgenden Zahlen. Die Handelsverträge, die auf Grund jenes Zolltarifs abgeschlossen wurden und am 1. März 1906 in Kraft traten, brachten z. B. folgende Erhöhungen des Zolls:

Für Roggen	von 3,50	auf 5,-	Mk. pro	100	Kilogr.
„ Weizen	„ 3,50	„ 5,50	„	„	
„ Hafer	„ 2,80	„ 5,—	„	„	
„ Braugerste	„ 2,—	„ 4,	„	„	
„ Mais	„ 1,60	„ 3.—	„	„	
„ frisch. Fleisch	„ 17,—	„ 27.	„	„	
„ Speck	„ 20,-	„ 27,	„	„	
„ Butter	„ 16,—	„ 20,	„	„	

Da sollen die Lebensmittel nicht teurer werden! Insgesamt enthielt der damalige Zolltarif nicht weniger als 946 Positionen, die für alle möglichen und unmöglichen Waren als Zölle und damit die Preise erhöhten. Es läßt sich auch ganz deutlich sehen, daß die Preise im Jahre 1906 ganz plötzlich und sprunghaft in die Höhe gingen, also als Wirkung der im Jahre 1906 in Kraft getretenen Zollsätze. Nach der amtlichen Statistik des Deutschen Reichs (1. Vierteljahrheft 1913) standen die Indexziffern der folgenden Waren auf:

	1905	1906		1905	1906
Roggen	98	107	Baumwolle	114	130
Hafer	102	114	Kattun	108	127
Schweine	123	128	Roh. Eisen	104	119
Heringe	136	146	Steinkohle	113	118
Schmalz	109	130	Petroleum	99	106

Da sage noch einer, daß die Teuerung nichts mit dem Zolltarif zu tun habe! — Nun gibt es Leute, die behaupten: in anderen Ländern, z. B. in England, wo man keine Zölle hat, sei eine ebensolche Teuerung eingetreten. Das ist aber einfach ein Mißverständnis, wie die Zahlen sofort beweisen werden. Allerdings sind auch in England die Preise gestiegen, aber lange nicht in dem Maße wie bei uns. Und was die Hauptsache ist: die Rohstoffe sind in der Tat auch in England fast ebenso sehr verteuert wie in Deutschland, die verarbeiteten Waren dagegen in Deutschland fast dreimal so stark wie in England. Gegenüber dem Durchschnittspreis der 90er Jahre waren die Preise der Rohstoffe:

	in Deutschland	in England	
1901/05	gestieg. um 13,2%	gestieg. um 13,8%	also ungefähr in
1906/10	gestieg. um 26,3%	gestieg. um 22,8%	in gleich. Maße.

Dagegen waren die Preise der **Nahrungsmittel:**

	in Deutschland	in England
1901/05	gestiegen um 9,5%	**gesunken (!)** um 3,7%
1906/10	gestiegen um 23,9%	gestiegen um 2,9%

Dies zeigt klar, daß die Verteuerung der Rohstoffe eine natürliche, allgemeine wirtschaftliche Ursache haben muß; dagegen die Verteuerung der Nahrungsmittel eine besondere, die nur in Deutschland wirkt. Das sind eben die deutschen Zölle.

Fragt man nun, warum die deutsche Regierung eine solche Politik der Verteuerung getrieben hat, so werden zwei Gründe angegeben: erstens um der Landwirtschaft zu helfen, zweitens um Geld in die Kassen des Reiches zu bekommen. Auf das Kapitel von der „Not der Landwirtschaft" wollen wir nicht weiter eingehen. Es genüge mitzuteilen, daß (nach den Berechnungen des Professors Brentano) allein in den drei Jahren 1907—1909 nur die drei Waren Weizen, Gerste und Hafer dem deutschen Volke um 2767 Millionen Mark verteuert worden sind, wovon aber nur 281½ Millionen in die Reichskasse flossen. Der niedliche Rest von 2485½ Millionen Mark fiel den großen Grundbesitzern zu, denen auf diese Weise natürlich kräftig geholfen worden ist.

Wenden wir uns dem andern Grunde zu. Das Reich braucht Geld, viel Geld. Deshalb die Zölle und auch die Verbrauchssteuern, die neben den Zöllen die Lebenshaltung so unmäßig verteuern. Man denke nur an Salz, Bier, Tabak, Streichhölzer, Fahrkarten usw. — Wozu braucht denn das Reich so entsetzlich viel Geld? — Darauf gibts nur eine Antwort: fürs Militär! Für Landheer und Flotte.

Uns Sozialdemokraten wird von unsern Gegnern gern der Vorwurf gemacht, wir seien deshalb gegen das stehende Heer, weil wir das Vaterland wehrlos machen wollen! Das ist ganz falsch. Wir wollen im Gegenteil die allgemeine Wehrpflicht verwirklichen. Wir wollen, daß jeder, der nur irgend die Waffen tragen kann, in ihrem Gebrauch geübt und, wenn es wirklich nötig werden sollte, zur Verteidigung des Landes herangezogen wird. Deshalb fordern wir die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Das aber kann das stehende Heer nicht leisten, weil es so unmenschlich viel Geld kostet! Gegenwärtig wird nur ungefähr die Hälfte der waffenfähigen Mannschaft ausgebildet, und das kostet schon so wahnsinnig viel, daß an eine Verdoppelung natürlich nicht zu denken ist. Und gerade unter der Regierung Wilhelms des Zweiten sind die Ausgaben fürs Militär ungeheuer gewachsen. Es betrugen die gesamten Kosten für Heer und Flotte:

1872 . . .	321	Millionen Mark
1897 . . .	846	„ „
1903 . . .	1062	„ „
1911 . . .	1567	„ „

Und in diesem Jahre 1913 hat man uns bekanntlich eine Militärvorlage bescheert, die allein zu ihrer ersten Verwirklichung 1000 Millionen verschlingen soll, ohne die vielen Millionen, die alljährlich dauernd draufgehen werden. Das ist das Loch, wo all die Geldmassen verschwinden, die das Volk in Gestalt von Zöllen und Verbrauchssteuern aufbringt, das ist die wahre Ursache, weshalb die Lage der breiten Massen heute eine so unsäglich traurige ist, wie wir sie am Anfang geschildert haben.

Nur einen kleinen Ausschnitt aus der Entwicklung des deutschen Volkes während der 25 Jahre Wilhelms des Zweiten haben wir hier besprechen können. Aber wir glauben, er dürfte genügen, um die Frage zu beantworten, ob der deutsche Arbeiter irgendwelchen Anlaß zum Jubel hat.

Deutscher Reichstag.

Sozialdemokratische Reformvorschläge.

Mit nur noch schwer bezähmender Wut sehen die bürgerlichen Parteien, vornehmlich die schwarz-blauen Herrschaften, dem Vorgehen unserer Genossen bei der zweiten Lesung der Militärvorlage zu. Daß die sozialdemokratischen Anträge populär und, was weit mehr besagen will, zweckmäßig und durchführbar sind, begreifen die Bürgerlichen von Heydebrand bis Müller-Meiningen sehr gut. Wenn sie auch alle soziald. Reformvorschläge niederstimmen, ihre Begründung können sie nicht verhindern. Und daß wertvolle Aufklärungsarbeit über das heutige Heeressystem und das Wesen des Militarismus in diesen Tagen durch unsere Genossen von der Parlamentstribüne aus geleistet worden ist, kann nicht bestritten werden. Angesichts der 110 Sozialdemokraten trauen sich die Bürgerlichen auch nicht, Schlußanträge zu stellen; wenn nur bis Sonnabend abend die zweite Lesung fertiggestellt wird, wollen sie sich ins Unvermeidliche ohne geschäftsordnungsmäßige Anstrengungen fügen.

Ueber die Militärverwaltung brachen am 19. Juni abermals wahre Ungewitter herein, als Genosse Heine die sozialdemokratische Forderung der politischen und religiösen Freiheit für die Angehörigen der bewaffneten Macht vertrat. In welchem Umfange und mit welcher Rücksichtslosigkeit die Freiheit der Ueberzeugung beim Militär mißhandelt und mißachtet wird, wies unser Genosse schlagend nach. Die Genossen Vogtherr und Giebel sekundierten ihm dabei, während der Nationalliberale Quark und der Spiritusgewaltige Kreth reaktionäre Purzelbäume zu schlagen versuchten. Herr v. Heeringen schwieg, um die Armee zu verteidigen. Auf dieses Gebiet traute er sich nicht, weil er mit Fug und Recht befürchtete, sehr schnell aus dem Sattel gehoben zu werden.

Sodann stand der sozialdemokratische Antrag zur Beratung, der durch Gesetz die Beseitigung des Militärboykotts fordert. Was Genosse Frank in seiner trefflich aufgebauten und pointierten Rede an Material und Tatsachen zum Vortrag bringen mußte, nahm Herrn v. Heeringen den Mut zur Antwort. Der Kriegsminister sah, daß er hierbei nur konnte geistige Prügel bekommen — und die mußte in erster Linie Generalleutnant v. Wandel in Empfang nehmen. Weder die Junker noch die Nationalliberalen wagten Widerspruch zu erheben, als Frank, gestützt auf beweisbare Tatsachen, die ungeheuerliche Willkür und Brutalität geißelte, die von der Militärdiktatur gerade auf dem Gebiete des militärischen Boykotts ausgeübt wird. Die Tatsachen und die vorgetragenen empörenden Fälle wirkten so mächtig, daß auch der Präsident gegen noch so scharfe Worte der Verurteilung des militärischen Terrorismus nicht einzuschreiten wagte. Der Kriegsminister versteht es zweifellos, sich zu beherrschen, aber jetzt versagte auch bei ihm diese Kunst. Er wurde sichtbar nervös und verlegen. Er richtete sich erst wieder auf, als er sah, daß außer dem Volksparteiler Liesching kein bürgerlicher Redner zur Sache sich äußerte. Das ist ein Skandal für sich. Zentrum, Konservative und Nationalliberale fanden nicht ein Wort des Protestes und der Verurteilung, daß viele Tausende von Gewerbetreibenden, die in der Mehrzahl auch ihre Wähler sind, von der Militärdiktatur schikaniert und finanziell aufs schwerste geschädigt, ja sogar ruiniert werden. **Selbst die Volksparteiler erklärten, den sozialdemokratischen Antrag ablehnen zu wollen** wegen der ihnen nicht genehmen Form. Herr Müller-Meiningen übernahm es, diese klägliche Haltung zu rechtfertigen, was ihm allerdings nicht gut bekommen ist. Und was hatte General v. Wandel zu sagen? Er ging auf einige Nebensächlichkeiten ein und schwieg sich, wie sein Chef, trotz wiederholter Aufforderung über die Hauptpunkte aus.

Zum Schluß der teilweise sehr bewegten Sitzung sprach noch Genosse Bernstein über die Beförderung in der Armee, die nur nach Fähigkeiten erfolgen sollte, wie es die Sozialdemokratie fordert.

Nach Erledigung einer von dem Polen Dombeck gestellten kurzen Anfrage wegen des letzten Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien, kam es am 20. Juni zu einem temperamentvollen Zwischenspiel. Genosse Frank hatte sich beim Präsidenten die Erlaubnis ausgewirkt, vor Eintritt in die Tagesordnung ein Telegramm verlesen zu dürfen, das ihm von Saalinhaberverbänden sowie auch von den Gastwirtsverbänden zugegangen. Das Telegramm wendete sich gegen Aeußerungen des General v. Wandel in der Sitzung von Tage vorher. Nachdem der Präsident bereits dem Genossen Frank das Wort erteilt hatte, meldete sich Graf Westarp zur Geschäftsordnung zum Wort, um Protest dagegen zu erheben, daß dem Abgeordneten Frank die Verlesung des Telegramms gestattet werde. Im Widerspruch mit allen Regeln parlamentarischer Geschäftsführung erteilte Herr Kaempf auch dem Grafen Westarp das Wort, trotzdem Frank schon zu sprechen begonnen hatte. Die Folge war natürlich eine sehr heftige Geschäftsordnungsdebatte, die dem Genossen Haase Anlaß gab, diese unglaubliche Geschäftsführung des Herrn Kaempf zurückzuweisen. Der ehemalige schwäbische Kammerpräsident v. Payer und der konservative Scharfmacher Schultz (Bromberg) sprangen dem Präsidenten bei. Wir haben schon früher zum Ausdruck gebracht, daß es ein wahres Elend mit dem Präsidenten Kaempf ist. Zu seiner totalen Unfähigkeit für das gewiß sehr schwierige Amt eines Reichstagspräsidenten gesellt sich bei ihm die immer offener zutage tretende Angst vor dem Zentrum und den Konservativen. Animiert die Rechte Herrn Kaempf zu einem Ordnungsruf, flugs — ein treuer Knecht ist Fridolin — verhängt ihn dieser wackere liberale Bürgersmann. Gegen die Rechte aufzutreten wagt er es gar nicht mehr. Weil die Junker verhindern wollten, daß das Telegramm verlesen und dem Stenogramm einverleibt wird, gehorchte der Fortschrittsmann Kaempf. Aber ihre Bemühungen waren vergebens, denn Genosse Schöpflin, der als zweiter Redner zum ersten Gegenstand der Tagesordnung, zur Frage der Beförderung in der Armee, sprach, nutzte eine Aeußerung des Generals Wandel in der Kommission aus, um das an Frank gerichtete Telegramm unter großer Heiterkeit im Wortlaut zu verlesen. Die Liebedienerei des Präsidenten und die Aktion des Grafen Westarp waren also für die Katz gewesen. Sie haben dem Reichstag nur eine halbe Stunde Zeit gekostet.

Der sozialdemokratische Antrag, der dem Militärboykott ein Ende bereiten wollte, wurde in namentlicher Abstimmung mit 201 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Junker, Pfaffen, Nationalliberale und Volksparteiler stimmten in trauter Harmonie den Antrag nieder, der doch in erster Linie dem Schutze eines Teils des gewerblichen Mittelstands gegolten hat. Eine im Sinne des Antrags gehaltene, aber schwächliche Resolution der Budgetkommission fand dagegen mit 196 gegen 100 Stimmen Annahme.

Sodann wurde die Debatte über den sozialdemokratischen Antrag wegen **Beförderung in der Armee** fortgesetzt. Der Antisemit Werner (Siegen) erging sich in den ödesten und plattesten antisemitischen Redensarten, bis ihn Zurufe aus allen Parteien zwangen, mit seinen Seichtbeuteleien ein Ende zu machen. Genosse Schöpflin antwortete dem Antisemiterich kurz und kräftig und trat der militärischen Willkür bei der Beförderung entgegen. Nicht die Fähigkeit entscheidet in erster Linie, sondern gesellschaftliche Stellung und genehme politische und religiöse Auffassung, oder richtiger gesagt — Heuchelei. Auch Herr Erzberger deckte den Antisemiten Werner zu und forderte religiöse Duldung im Heere. Daß auch die Freiheit der politischen Gesinnung im Heere geachtet werden soll, das zu verlangen hütete sich Herr Erzberger. Ungemein scharf geißelte noch Genosse Heine die Ungesetzlichkeit der Militärdiktatur. Nach kurzen Bemerkungen der Genossen Bernstein und Frank wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen und der Polen abgelehnt.

Genosse Liebknecht begründete sodann den sozialdemokratischen Antrag, der ein Verbot gegen die Verwendung von Soldaten im **wirtschaftlichen** und **politischen Kampfe** forderte. Unter Bezugnahme auf viele Reden des Kaisers, in denen Offiziere und Mannschaften aufgefordert worden sind, auch gegen den „inneren Feind" ihre Schuldigkeit zu tun, charakterisierte Liebknecht die Tatsache, daß das Heer gegebenenfalls auch gegen das eigene Volk, die Soldaten gegen Vater und Mutter in Aktion treten sollen. Die militärischen Aufgebote bei Streiks wurden einer nicht minder scharfen Kritik unterzogen. Da S. M. erwähnt worden war, mußte der Kriegsminister, der in den letzten Tagen doch mürbe geworden war, das angebotene Gefecht wohl oder übel aufnehmen. Er schlug starke Töne an und entrüstete sich gar mächtig, daß die Hohenzollern von Liebknecht ein bißchen unsanft behandelt worden waren. Genosse Sachse eröffnete gleichfalls das Feuer auf den Minister, der sich seiner Haut wehrte, so gut es ging. Nicht unerwähnt soll aber bleiben, daß der Minister sich ganz offen dazu bekannte, Militär bei Streiks und inneren politischen Kämpfen zu verwenden. Die Scharfmacher aller Gattungen werden mit Herrn v. Heeringen sehr zufrieden sein. Genosse Stadthagen vertrat zum Schlusse noch die sozialdemokratischen Anträge, die eine **Reform des Militärstrafrechts forderten.** An krassen Beispielen erörterte unser Genosse, wie die Militärjustiz arbeitet, wie rückständig, ja geradezu barbarisch die militärischen Strafbestimmungen sind. Die bürgerliche Mehrheit wird aber trotzdem auch diese Reformbestrebungen der Sozialdemokratie ablehnen.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Fortschrittliche Freude.

Der Danziger Zeitung hängt der Himmel wieder einmal voller Baßgeigen. Zum Gott weiß wievielten male sieht sie die Sozialdemokratie demnächst mausetot und den „Fortschritt" als lachenden Erben an der Bahre stehen. In den acht Wahlkreisen Groß-Berlins nämlich muß die Partei im vorigen Jahre einen Mitgliederverlust von 971 Genossen verzeichnen und auch der Vorwärts hat in Groß-Berlin ein paar tausend Abonnenten weniger als im Vorjahre. Zwar zählt die politische Organisation unserer Partei innerhalb der fraglichen Kreise immer noch **118798 Mitglieder,** zwar hatte sie im Berichtsjahre noch die „Kleinigkeit" von **397810 Mark** vereinnahmt. Und der Vorwärts hatte in Berlin noch immer **141227 Abonnenten.** Aber das alles wird die Sozialdemokratie nicht vor dem Tode retten, denn auch in der Provinz steht's um die sozialdemokratische Sache schlecht. Da ist beispielsweise die rote Hochburg Solingen. Auch hier klagt die sozialdemokratische Parteileitung über einen Stillstand. Ergo: der Höhepunkt ist überschritten. Hinfort geht's mit der Sozialdemokratie abwärts . . .

Scherz bei Seite. Sicher sind die Terrainverluste in Berlin bedauerlich. Torheit wäre es, das zu leugnen. Aber wo gibt es eine Entwicklung, die sich nicht in Wellenbewegungen äußerte? Auf die Flut folgt die Ebbe und nach den riesigen Fortschritten, die unsere Partei in den letzten Jahren verzeichnen konnte, ist mit Sicherheit hier und da ein zeitweiliger Stillstand oder sogar Rückgang denkbar. **Wenn jedoch der Parteivorstand seine Gesamtbilanz aufmachen wird, werden der Danziger Zeitung wie in früheren Jahren vor Neid die Augen übergehen.** Übrigens braucht ein äußerlicher Stillstand nicht ein Zeichen von Verfall zu sein. Nehmen wir einmal Danzig. Mindestens 1200 Bauarbeiter haben in diesem Jahre keine Beschäftigung am Orte gefunden und sind gezwungen gewesen, sich auswärts Arbeit zu suchen. Es wäre also nicht weiter verwunderlich, wenn sich auch bei uns ein „Stillstand" zeigte. Aber wären uns darum die Genossen verloren? Im Gegenteil! Gerade die auswärts arbeitenden Proletarier sind an den vom Sozialismus noch unberührten Orten die Pioniere unserer Ideen und was erst vom Uebel schien, verwandelt sich in Gutes. Leicht denkbar ist es, daß die außerordentlich große Preissteigerung der Lebensmittel manchen Berliner Arbeiter, der den Vorwärts allein abonniert hatte, jetzt nötigt, ihn mit seinem Nachbar zusammen zu lesen. Die Sozialdemokratie wird, wenn längst keine Danziger Zeitung und kein preußischer Staat da ist, noch lustig blühen und gedeihen.

Auch ein Regierungsjubiläum.

Anläßlich der Generalversammlung der Buchdrucker-Organisation feierte der Ortsverein Danzig sein Johannisfest am Freitag im Schützenhause. Nachdem das Gartenkonzert beendet war, wurde die Feier in den Saal verlegt. Hier brachte der Buchdrucker-Gesangverein in vortrefflicher Weise mehrere Gesangsstücke zum Vortrag. Als die Verbandshymne verklungen war, hielt der Gauvorsteher von Berlin, Albert Massini, die Festrede. Die Bedeutung der Johannisfeste für die Buchdrucker und deren Familien kurz streifend, führte er weiter aus, daß es heute gelte, des Mannes zu gedenken, der 25 Jahre an der Spitze unserer Organisation stehe. Es wolle was heißen, 25 Jahre als Vorsitzender einer Arbeiterorganisation zu wirken. Er gab dann ferner ein Bild des Werdens und Wirkens Emil Döblins, den Wunsch daran knüpfend, daß der Jubilar uns noch recht lange erhalten bleibe, um uns mit seiner reichen Erfahrung voranzugehen. Aus Anerkennung für seine erfolgreiche Arbeit habe ihm die Organisation ein kleines Geschenk gemacht. (Redner überreichte eine Brieftasche mit Inhalt.) Ferner habe der Verbandstag beschlossen, die Zukunft Döblins und des ebenfalls 25 Jahre im Vorstande tätigen Hauptkassierers Eifler sicherzustellen. Wenn der Zeitpunkt eintreten sollte, daß die beiden durch Krankheit oder Alter nicht mehr in der Lage seien, ihre Ämter zu versehen, dann solle ihnen ¾ ihres Gehaltes als Ruhelohn gezahlt werden. Mit einem Hoch auf Döblin schloß der Redner. — Es sprachen dann die Vertreter des österreichischen, französischen

und ungarischen Verbandes. Alle drei feierten die Verdienste Döblins auf internationalem Gebiet, ihren Wunsch daran knüpfend, daß der Jubilar der internationalen Sache noch lange erhalten bleiben möge. Die Vorsitzende des Buchdruckereihilfsarbeiter-Verbandes, Paula Thiede, beglückwünschte den Jubilar und dankte für den ihrem Verbande zu jeder Zeit geleisteten Beistand seitens Döblins. — In seiner Dankesrede führte Döblin aus, daß er durch diese unerwartete Ehrung vollständig überrascht sei. Wir Arbeiter seien gewohnt, auf welchen Platz wir auch gestellt werden, voll und ganz unsere Pflicht zu tun. Weiter habe er auch nichts getan. Wenn seine Arbeit jetzt anerkannt werde und sein Arbeitgeber zufrieden sei, so freue er sich darüber und er werde weiterhin seine ganze Kraft in den Dienst der guten Sache stellen. Daß er in seinem Wirken Erfolg gehabt habe, verdanke er der hingebenden Mitarbeit aller Funktionäre und jener großen Zahl der Kollegen, die, ohne ihre Namen gefeiert zu sehen, doch restlos ihre Pflicht taten. Wir gehen ernsten Zeiten entgegen, Zeiten, die von jedem fordern, als Mann zu handeln. Einigkeit und Kollegialität muß vor allen Dingen in unseren Reihen gepflegt werden, damit wir für die Zukunft allen Gefahren begegnen können. Mit einem Hoch auf den Verband schloß er seine Rede. — Wohl noch nie ist einem Hoch im Schützenhaussaale so freudig und begeistert zugestimmt worden, wie diesem.

Einen Luftflottentag

wollen unsere Rüstungsfanatiker am 26. und 27. Juni in Danzig abhalten. Man wird gut daran tun, sich bei Zeiten mit Watte zum Verstopfen der Ohren zu versehen, denn sicher wird auf der Tagung ein beweglicher Jammer über die „Knauserigkeit" des deutschen Volkes gegenüber dem Luftflottenkoller angestimmt werden.

Der Lewyprozeß loft, wie es scheint, im Publikum außerordentlich viel Teilnahme aus. Die Verhandlungen werden jedoch wahrscheinlich die ganze Woche in Anspruch nehmen. Und da sie unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vor sich gehen, springt für Sensationslüsterne nicht viel heraus. Vorläufig befinden sich die Verhandlungen noch in den ersten Stadien. Von den Verteidigern, Rechtsanwälten Sternfeld und Baumann, wurde der Antrag gestellt, zwei Sachverständige abzulehnen, weil diese sich im Dienste der Staatsanwaltschaft betätigt hätten. Der Antrag der Verteidiger fand keine Annahme.

Die Städtische Badeanstalt auf Strohdeich (Braun Roß) ist vom Donnerstag, den 3. Juli, bis einschließlich Sonnabend den 2. August d. J. außer Sonntags am Vormittage von 8—10 Uhr nur für Schüler, die im Schwimmen Unterricht haben, geöffnet. Diese Anordnung ist notwendig geworden, um den Volksschülern während der Ferien die Erlernung des Schwimmens zu ermöglichen.

Eine 13jährige Schülerin ertrunken. Bei einem Ausflug badete Sonntag die 13jährige Schülerin Reschke, Tochter des Bildhauermeisters Reschke-Schidlitz in der See bei Schiewenhorst in Gesellschaft anderer junger Mädchen. Die Badestelle lag in der Nähe der Weichselmündung und schien völlig ungefährlich. Plötzlich verschwand das Kind vor den Augen ihrer Freundinnen in den Fluten. Als es gelungen war, die Ertrunkene der See zu entreißen, war das Kind bereits eine Leiche.

Mit dem Messer gestochen. Der 50 Jahre alte Händler Bernhard Klischinski, Große Oelmühlengasse 17, erhielt Sonntag vormittag in der Oelmühlengasse eine Messerstichverletzung im Rücken. Er mußte mit dem Sanitätswagen nach dem städtischen Lazarett gebracht werden.

Auf der Straße verunglückt. Beim Heimweg von der Arbeit kam der Arbeiter Grewalla auf Matzkauden zu Fall und brach dabei einen Fuß.

Beim Rangieren wurde der an der Oelmühle tätige Arbeiter Hebel aus der Großen Bäckergasse von einem Eisenbahnwagen totgequetscht.

Elbing-Marienburg.

Aus der Stadtverordneten-Sitzung vom 20. Juni.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsteher Kenntnis von einer Eingabe städtischer Arbeiter, in der um neuzeitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ersucht wird. Die Petition wird dem Magistrat zur weiteren Behandlung überwiesen.

Das Geschäftsjahr 1912 hat nach der vorliegenden Zusammenstellung einen Überschuß von 433308 Mark ergeben. Da jedoch aus dem Jahre 1911 rund 250000 Mark Vortrag in dieser Summe enthalten ist, vermindert sich der wirkliche Überschuß auf 183308 Mark. Die Summe ist nur zum Teil bar vorhanden, ein beträchtlicher Teil hat Verwendung als Vorschuß für bewilligte Arbeiten erfahren. Von dem verbleibenden Betrage bewilligte die Versammlung 25000 Mark für den Neubau des Viehstalles auf dem städtischen Viehhofe und 10000 Mark zur Errichtung eines allgemeinen Unterstützungsfonds für städtische Arbeiter und Angestellte. Bei letzterem Gegenstande konnten die bürgerlichen Redner, wie stets bei ähnlichen Anlässen, sich gar nicht genug in Lobeshymnen über den „arbeiterfürsorglichen" Magistrat ergehen. Unsere Genossen gaben dem Gedanken Ausdruck, daß sie zwar nicht grundsätzlich gegen solche Wohlfahrtseinrichtungen seien, jedoch müßten Bestimmungen geschaffen werden, damit die Verwendung des Fonds nicht in das Belieben einzelner Personen gestellt würde. Jedem städtischen Arbeiter müsse das Recht gewährleistet werden, unter bestimmten Voraussetzungen die Stiftung in besonderen Notfällen mit in Anspruch zu nehmen. Überlasse man die Beschlußfassung über die Zuwendungen uneingeschränkt den Betriebsverwaltungen und dem Magistrat, dann läge Gefahr nahe, nicht Wohlfahrt, sondern Korruption zu pflegen, auch wenn das durch den Magistrat nicht beabsichtigt würde. Im übrigen würde man ja erfahren, wieweit der Magistrat sein gutes Herz gegenüber den städtischen Arbeitern bei der Behandlung des Gesuches um Lohnregulierung u. a. betätigen wird. Bei Besprechung dieser Vorlage ereignete sich ein kleiner Zwischenfall. Herr Frankenb..., welcher wiederholt persönliche Wünsche als Besitzer des Deutschen Bades präsentiert und den Mund nicht voll genug nehmen kann, wenn es sich um Hausbesitzer- oder Handwerkerinteressen handelt, erdreistete sich, unsern Redner zu schulmeistern und ihm den Vorwurf zu machen, daß er zuviel rede und seine Nase in alles stecke. Ein Teil unserer fanatisierten Gegner schrie Beifall, ein Beweis, daß diesen Leuten die Anwesenheit unserer Genossen im Stadtparlament ein Dorn im Auge ist. Das würde und könnte den Herren so passen, wenn die Arbeitervertreter stumm wie die Fische wären oder nur mit dem Kopfe nicken würden. Die Sozialdemokraten werden sich nirgendwo in der Wahrnehmung der Interessen der unteren Bevölkerungsschichten hindern lassen.

Weitere 3000 Mark Beihilfe wurde für das Taubstummenheim bewilligt, so daß nunmehr die Stadt Elbing 6000 Mark zu diesem privaten Unternehmen des Taubstummenvereins beigetragen hat, während die Provinz 4800 Mark beisteuerte und der preußische Staat, der doch in erster Linie für diesbezügliche Einrichtungen zu sorgen hätte, bisher nichts geleistet hat. Auch fordert das Verfahren der Bauleitung zur Kritik heraus. Ohne eigene Mittel und nur auf Sammlungen und Geschenke angewiesen, wird bereits während des Baues der Kostenanschlag von 180000 auf 220000 und alsdann auf 300000 Mark erhöht. Als geordnete Geschäftsführung kann eine solche Manipulation nicht anerkannt werden. Wenn nun jeder Verein so handeln und die stärkere Mithilfe der Kommune beanspruchen wollte. Was dann? Bereits heißt es ja auch schon, daß die Bürger-Ressource-Gesellschaft einen mehrere Hunderttausende verschlingenden Prachtbau erstehen lassen wolle und zur Deckung der Kosten die Stadt mit heranzuziehen beabsichtige. Nette Aussichten! Unsere Genossen stimmten gegen die Subvention. (Wir möchten an dieser Stelle bemerken, daß der Elbinger Taubstummenverein vor einigen Wochen dem **Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie beigetreten ist,** etwas daß den Elbinger Genossen gewiß neu sein dürfte. Wir kommen am Freitag noch darauf zurück. Red. d. Volkswacht.)

Der vom Magistrat geforderte Erweiterungsbau der Mädchen-Mittelschule, welcher 88500 Mark kosten soll, wurde infolge der ungünstigen Finanzlage bis 1. April 1914 zurückgestellt.

Für die kleine, nur wenige Meter betragende Strecke von Schichaustraße bis Leichnamstraße werden für Neupflasterung und Regulierung 25000 Mark gefordert. Die Mehrheit bewilligte diesen Betrag. Der kürzlich durch den Zirkus Sarrasani vollständig verwüstete Jugendspielplatz soll umgearbeitet werden. Kostenpunkt 8600 Mark.

In der Wohnungskommission wurde ehemals die Anregung gemacht, Mitglieder der städtischen Körperschaften zum Zweck des Studiums kommunalen Städte- und besonders Arbeiterwohnungsbaues in andere Plätze zu entsenden. Diese Anregung verdichtete sich zu einer Magistratsvorlage, in der drei Mitglieder des Magistrats und sieben Stadtverordnete auf zirka zehn Tage nach verschiedenen westlichen und südlichen Städten delegiert werden sollen. Die Kosten belaufen sich auf zirka 3300 Mark. Da für Reformen des Wohnungsbaues in großen Kreisen der Versammlung kein oder nur geringes Interesse besteht, weil nach Ansicht des Hausbesitzervereins der gegenwärtige Zustand ein idealer wäre, wurde die Vorlage mit nur knapper Mehrheit angenommen. Man hätte nun vermeinen sollen, daß schon aus einfachstem Anstands- und Gerechtigkeitsgefühl auch in diese Kommission wenigstens ein Arbeitervertreter mit entsandt werden würde. Doch das Bürgertum weiß wohl Pflichten von sich auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen. So kam es, daß genau wie im Reichstag und anderen Körperschaften, bei der Besetzung von Posten die Sozialdemokratie rücksichtslos beiseite gestoßen und nur bürgerliche Vertreter gewählt wurden. Und dies obgleich kein Mensch bestreiten kann, daß die Arbeiterschaft und deren Vertreter das größte Interesse an einer durchgreifenden Lösung des Wohnungsproblems besitzen und dieses auch ständig bekundet haben, während ein großer Prozentsatz der Bürgerlichen der Frage höchst indifferent, wenn nicht gar feindlich gegenübersteht. Nun, als stets Geächtete wird die Arbeiterklasse auch aus diesem Vorgange lernen und ihre Taktik darnach für die Zukunft einrichten. Für alle Ewigkeit wird sie nicht an die Wand gedrückt werden können. Nicht so rücksichtslos ist die Versammlung gegenüber Herrn Ziese. Auf sein und der Haffuferbahn Verlangen nimmt die Stadtverordnetenversammlung reumütig Bedingungen zurück, welche Herrn Ziese betreffs Verlegung der Maasstraße in letzter Sitzung gestellt worden waren.

In geheimer Sitzung wurden dem Theaterdirektor 4000 Mark bewilligt und der frühere Bürgermeister des kleinen ostpreußischen Städtchens Landsberg zum Leihamtsrendanten erkoren.

„Hetzer"freuden. In den Elbinger Neuesten Nachrichten finden wir den Bericht einer Gerichtsverhandlung, der die Torheit mancher Arbeiter in hellem Lichte zeigt. Obwohl wir von der Ziesezeitung sonst nichts übernehmen, wollen wir von der Regel eine Ausnahme machen und die Notiz wiedergeben:

> Der friedliche Ausgang der Tarifverhandlungen im Baugewerbe scheint einem Teil der Arbeiter — besonders den Bauhilfsarbeitern — nicht recht gefallen zu haben. Einige haben den Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen gegenüber, die an den Einigungsverhandlungen teilgenommen haben, bittere Vorwürfe gemacht und etliche haben sogar behauptet, die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen seien von den Arbeitgeberorganisationen durch große Geldbeiträge bestochen worden. Einen ähnlichen Vorwurf soll der Maurer Bienert dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Elbing des V. „hilfsarbeiterverbandes, dem Arbeiter Pätz von hier, gemacht haben, worauf dieser sich zu beleidigenden Aeußerungen hinreißen ließ. Er soll sogar den Bienert noch mit Totschlag bedroht haben. Wegen dieser Straftaten hatte sich der Arbeiter Pätz heute vor dem Schöffengericht zu verantworten. Das Gericht sah nur Beleidigung als vorliegend an und verurteilte ihn zu zehn Mark Geldstrafe oder zwei Tagen Gefängnis.

Somit heißt es immer, die Führer hetzten die Arbeiter zum Streik auf. Wie wenig das zutrifft, dafür legt der vorliegende Fall Zeugnis ab. Aber nicht nur das, er zeigt zugleich die Torheit mancher Arbeiter. Wir behandelten vor kurzer Zeit in längerem Artikel (Der Tarifvertrag der 380 000) eingehend die Lohnbewegung der Bauarbeiter. Wer unsere Ausführungen gelesen hat, wird bestätigen können, daß die westpreußischen Bauarbeiter sehr günstig abschnitten. Wenn die Arbeitervertreter nicht alle Wünsche durchdrücken konnten, schafft man diese Tatsache nicht aus der Welt, indem man ihnen Vorwürfe macht, sondern indem man die Organisation ausbaut und die Arbeiter politisch aufklärt. Wer den Maurer (nicht Arbeiter, wie die Elb. Neuest. Nachr. irrtümlich ihn nennen) Pätz kennt, weiß, daß dieser Mann treu wie Gold ist und im Dienst der Arbeitersache manche Stunde Schlaf und Muße geopfert hat. Dem Menschen, der diesem bewährten Kämpfer solche Vorwürfe machte, wäre zu raten, daß er sich auf die Hosen setzte und etwas lernte, um nur halbwegs ein zweiter Pätz zu werden. Die Redaktion der Volkswacht jedenfalls schätzt es sich zur Ehre, mit Pätz befreundet zu sein. Und auch das Gericht hat mit seiner niedrigen Strafbemessung die „Beleidigungs"klage entsprechend gewertet.

„Ein eigenartiges Vorkommnis" nennen die konservativen Zeitungen einen Vorgang in **Schönau.** Dort sind dem Arbeiter Dargel kurz hintereinander zwei Kinder an Entkräftung gestorben. Und da nun, um mit den konservativen Blättern zu sprechen, Absicht der Eltern angenommen wurde, erstattete der Amtsvorsteher Anzeige. Die Leichen sind im Beisein einer Gerichtskommission seziert. Ueber das Resultat ist zurzeit noch nichts bekannt. — An die Absicht der Eltern, ihre Kinder verhungern zu lassen, ist schwer zu glauben. Weit eher ist es denkbar, daß die Armut der Eltern schuld an dem Tode der kleinen Wesen ist. Aber in jedem Fall ist das Ereignis ein Kulturbild aus dem Zeitalter der Jubiläen.

Verunglückte Automobilisten. Zwischen Abbau Ließau und Altweichsel fuhr am Sonnabend Abend ein von Danzig kommendes Automobil gegen ein Fuhrwerk, dessen Pferde scheu geworden waren. Der Chauffeur trug nur einige blaue Flecke davon. Die beiden Insassen des Automobils aber mußten nach Dirschau ins Krankenhaus geschafft werden.

Danzig-Land.

Verhaftung. Unter der Beschuldigung, sich an schulpflichtigen Mädchen unsittlich vergangen zu haben, wurde in **Praust** ein Schuhmachergeselle verhaftet und in das Danziger Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Vom Bullen gespießt. Bei dem Besitzer Stüwe in **Langenau** griff der in Wut geratene Bulle den Kuhhirten an und verletzte den Mann so schwer, daß er sterbend ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Ein Knecht, der dem Bullen entgegentrat, teilte das Los des Hirten. Auch er mußte mit schweren Verletzungen nach dem Krankenhause gebracht werden.

Einbruch in die Drei Schweinsköpfe. Die erst vor kurzem in dem bekannten Lokal errichtete Schieß- und Würfelbude wurde in einer der letzten Nächte erbrochen. Die Spitzbuben entwendeten für ungefähr 150 Mark Waren.

Stuhm-Marienwerder.

Wo das Geld der Allgemeinheit bleibt. Die Stadtverordnetensitzung von **Marienwerder** bewilligte dem dortigen Sportverein **500 Mark,** damit er die Ankleide- und Geräteräume umbauen kann.

Vom Ausstand des Christburger Magistrats. Der dem früheren Ratmann v. Türk vom Bürgermeister Holstein am 24. April d. Js. erteilte Verweis ist auf die Beschwerde des Herrn v. Türk durch Verfügung des Regierungspräsidenten von Marienwerder aufgehoben. Der Verweis war dem Herrn bekanntlich erteilt worden, weil er den Herrn Bürgermeister nicht gegrüßt hatte.

Brände. In **Rospitz** äscherte ein Feuer die Besitzung des Herrn Schimanski ein. Ein Insthaus des Besitzers Dombitzki brannte ebenfalls nieder. Da das Feuer in der Nacht ausbrach, konnten die Betroffenen nicht viel mehr als das nackte Leben retten. — Angeblich durch Brandstiftung ging in **Mareese** ein dem Gutsbesitzer Eppinger gehöriger Stall in Flammen auf. Acht Pferde, sieben Kälber und zwanzig Schweine kamen hier in den Flammen um.

Graudenz-Strasburg.

Ein Todesurteil wird vielleicht in wenigen Wochen in **Graudenz** vollstreckt werden. Am 24. Februar 1912 wurde die Besitzerfrau Kieper aus Gr. Sibsau vom Schwurgericht unter der Anklage des dreifachen Giftmordes zum Tode verurteilt. Sie soll ihren Ehemann und ihre Eltern mit Arsenik vergiftet haben. Der Verteidiger legte Revision beim Reichsgericht ein, die indessen verworfen wurde. Dann versuchte er ein Wiederaufnahmeverfahren in die Wege zu leiten. Das wurde abgelehnt. Das Oberlandesgericht in Marienwerder hat die gegen die Ablehnung eingelegte Beschwerde zurückgewiesen. Der Frau Kieper bleibt nur die Möglichkeit eines Gnadengesuches. Aber selbst wenn diese vage Hoffnung Erfolg haben sollte — wer will entscheiden, ob die mit Zittern und Furcht vor dem Tode verbrachten fünfzehn Monate nicht schrecklicher sind, als die Hinrichtung oder die drei Mordtaten, die die Frau begangen haben soll.

Großfeuer in Graudenz. Im Hause Pohlmannstr. 6 brach ein Feuer aus, das trotz angestrengter Arbeit der Feuerwehr vier Stunden wütete. Mehrere Kinder und ein kranker Mann konnten nur mit großer Mühe gerettet werden. Der Dachstuhl des ausgedehnten Hauses ist vollkommen zerstört, das Obergeschoß schwer beschädigt.

Thorn-Kulm-Briesen.

Das arme Vereinsgesetz. Ein polnischer Schneidermeister wurde von der Berufungsstrafkammer zu einer Geldstrafe von 25 Mark verurteilt. Das Schöffengericht hatte den Mann vorher freigesprochen. Der Bestrafte duldete in einer Feier des von ihm geleiteten Gesangvereins den Gebrauch der polnischen Sprache. Die Polizei nahm eine „öffentliche Versammlung" an, obwohl der Eintritt nur gegen Vorzeigung der schriftlichen Einladung gestattet war.

Leichenfund. Eine Thorner Soldatenabteilung, die zum Exerzieren ausrückte, fand in einem Gebüsch des Lissomitzer Exerzierplatzes eine Mannsleiche. Der Tote mochte etwa 45—50 Jahre alt sein. Wie festgestellt wurde, hat er Selbstmord durch Vergiftung mit Morphium und Erhängen begangen. Da die Ermittlung der Personalien nicht gelang, wurde die Leiche als „Unbekannt" auf dem Kirchhof in Schönwalde begraben.

Dirschau-Berent-Pr.-Stargard.

Siegreicher Streik im Baugewerbe.

Am 14. Juni sind sämtliche Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter **Dirschaus** in den Streik getreten, weil die Unternehmer es ablehnten, einen Tarifvertrag einzugehen. Nachdem die Arbeit eine Woche geruht hatte, bequemten sich die Unternehmer zu Verhandlungen.

Das Ergebnis der Beratungen war der Abschluß eines Tarifvertrages bis 1916 und eine Lohnerhöhung von 3—5 Pfennigen pro Stunde.

Somit sind auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Baugewerbe in Dirschau die nächsten drei Jahre tariflich geregelt.

Achte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Der Verbandstag beginnt seine Arbeiten, nachdem der Verbandsvorsitzende Döblin die Tagung offiziell eröffnet und der Vorsitzende des Danziger Ortsvereins das Programm der örtlichen Veranstaltungen bekanntgegeben hat, mit der Wahl verschiedener Kommissionen. An auswärtigen Gästen sind anwesend: Stautner-Stuttgart für das internationale Buchdrucker-Sekretariat, Reismüller und Dworacek-Wien für die Buchdrucker und Schriftgießer Österreichs, Feindl und Rothenstein-Budapest für die Kollegen Ungarns und Lortihoy-Paris für den französischen Bucharbeiterverband. Außerdem wohnen Vertreter des Verbandes der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und der Lithographen und Steindrucker den Verhandlungen bei. An Stelle des von der Generalkommission delegierten Vertreters Janßon, der verhindert ist, übernimmt Döblin die Vertretung der Generalkommission, was einige Heiterkeit hervorruft. Geschäftsordnung und Tagesordnung werden genehmigt. Nachdem der Vorsitzende mit anerkennenden Worten des verstorbenen langjährigen Gauvorstehers Klapproth-Hannover gedacht, verweist er auf den Umstand, daß es heute gerade 65 Jahre sind, seitdem von Leipzig aus

der Aufruf an die Kollegen erging, eine Organisation ins Leben zu rufen und daß es die Lehrlingszüchterei und die damit verbundene Lohndrückerei waren, die als Hauptgründe für die Notwendigkeit der Organisation angeführt wurden. Schon damals sei von den Kollegen der Wert der Tarifgemeinschaft erkannt, denn man habe sich nicht nur mit der Organisierung der Gehilfen begnügt, sondern einen Aufruf auch an die Prinzipale zum Zwecke der gemeinsamen Bekämpfung der Schleuderpreise gesandt. Redner weist dann ferner an einigen Vorkommnissen nach, daß Scharfmacher im rheinisch-westfälischen Bezirk darauf hinarbeiten, die für das Gewerbe segensreich wirkende Tarifgemeinschaft zu zerstören und konstatiert die volle Einmütigkeit der Gehilfenschaft in bezug auf die prinzipielle Auffassung von der Notwendigkeit der Beibehaltung der Tarifgemeinschaft.

Zum Punkt 1 der Tagesordnung, Bericht des Vorstandes und Genehmigung des Rechenschaftsberichts, nimmt Eifler (Vorstandsmitglied) das Wort. Er weist in kurzen Ausführungen auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht hin und gibt dazu nur einige Erläuterungen und Erklärungen.

In der nun beginnenden Diskussion erkennt Musial-Berlin die Tätigkeit des Verbandsvorstandes in sehr lobender Weise an, auch in bezug auf die Beseitigung von Streitigkeiten innerhalb der Sparten, wünscht aber einen Ausbau des gedruckten Rechenschaftsberichts, was Schweinesbein-Bremen unterstützt. Letzterer wünscht auch noch, daß der Verbandsvorstand auf verleumderische Broschüren der Gegner gleichfalls mit Broschüren antworten möge, weil die Abwehrartikel im Korrespondent nicht dort gelesen würden, wo man die Broschüren umsetze. Steinhardt-Hamburg beantragt die Verteilung einer Broschüre an die Delegierten, in welcher Vorkommnisse im Hamburger Fremdenblatt klargelegt werden. Da Döblin aus taktischen Gründen den Antrag abzulehnen bittet, so entspinnt sich hierüber eine längere Debatte, die schließlich mit der Annahme eines Antrages endet, welcher besagt, daß es jedem Delegierten freisteht, der Generalversammlung geeignet erscheinendes Material zu unterbreiten.

Im Verlauf der weiteren Diskussion werden dem Verbandsvorstand eigentliche Monita über seine geschäftliche Tätigkeit nur in kaum nennenswerter Weise gemacht, dagegen wird von mehreren Delegierten eine öftere „Abbürstung" der Gutenbergbündler gewünscht, damit auch die jüngeren Kollegen von vornherein wissen, mit was für Leuten man es zu tun habe. Dem traten der Verbandsvorstand und die große Mehrheit der Redner entgegen. Bei der Bedeutungslosigkeit der Gutenbergbündler würde es verkehrt sein, auf ihr Geschrei einzugehen, höchstens könne man sie bei besonderen Anlässen mal in entsprechender Weise kennzeichnen. Eine lebhafte Auseinandersetzung führte ein Zusammenstoß zwischen Döblin und dem Hamburger Delegierten Steinhardt herbei, da Steinhardt dem Verbandsvorsitzenden den Vorwurf macht, daß durch sein Eingreifen in die Angelegenheit mit dem Verlage der Großeinkaufsgesellschaft die Kollegen nicht zu ihrem Recht gekommen seien. Steinhardt wirft dem Verbandsvorsitzenden Engherzigkeit vor und ungerechtes Behandeln der Gehilfen, die keine Rechte hätten, worauf Döblin erwidert, daß er darauf verzichte, den Beifall Steinhardts zu erringen. Es genüge ihm die Desavouierung Steinhardts durch die übrigen Hamburger Delegierten. Die von Steinhardt empfohlene Taktik sei eine solche, wie sie wohl geübt sei, als die Genossenschaftsbewegung noch in den Kinderschuhen gesteckt habe. Schweinitz-Hannover hält Steinhardt für unbelehrbar und stellt sich ganz auf den Standpunkt Döblins. Da aber auch Pröpper-Hamburg das Verhalten des Herrn Kaufmann von der Großeinkaufsgenossenschaft scharf kritisiert, so kommt es über den Zusammenstoß der 78 Gehilfen in der Genossenschaftsdruckerei mit Herrn Kaufmann noch zu einer längeren Debatte. Pröpper muß zwar zugeben, daß sich die Kollegen in formeller Beziehung Verstöße gegen die tariflichen Bestimmung haben zuschulden kommen lassen, ist aber der Meinung, daß die Verstöße des Herrn Kaufmann gegen den Tarif viel bedeutender sind und daß er erst die Gehilfen zu ihrem Vorgehen provoziert habe. Döblin betont, daß es ihm fernliege, Kaufmann in Schutz zu nehmen, aber man dürfe dessen Verhalten nicht die Genossenschaft entgelten lassen. Trotz aller Worte bleibe die Tatsache bestehen, daß die Gehilfen für ihre plötzliche Kündigung keinen tariflichen Grund gehabt hätten. Und hierdurch sei die Situation erst für die Gehilfen verschlechtert worden. Man hätte der Organisation einen größeren Dienst erwiesen, wenn man vorsichtiger gewesen wäre.

Nach dieser Aussprache wird der Geschäftsbericht des Vorstandes gegen eine Stimme (Steinhardt) genehmigt.

Einen breiten Raum nahmen auf dem Verbandstage die Debatten über die Reform der Unterstützungseinrichtungen und das Tarifamt und die nächste 1916 erfolgende Tarifrevision ein. Die letztere wird sich ganz besonders schwierig gestalten, da die Buchdruckereibesitzer schon heute ankündigen, daß sie einer Lohnerhöhung den hartnäckigsten Widerstand entgegensetzen werden. In dieser Sache nahmen die Delegierten einstimmig die folgende Resolution an:

> Die achte (ordentliche) Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker billigt einmütig das Verhalten der Gehilfenvertretung sowohl bei der letzten Tarifrevision als auch in der Tarifausschußsitzung vom 21./22. April 1913. Die Generalversammlung steht nach wie vor auf dem Boden der Tarifgemeinschaft. Von der Erklärung der Prinzipalsvertreter, daß die Prinzipalität ebenfalls eine friedliche Verständigung mit der Gehilfenschaft auch in der Zukunft wünscht, nimmt die Generalversammlung gern Kenntnis. Sie bedauert jedoch, daß diese Zusicherung, soweit es sich um eine solche des Hauptvorstandes des Deutschen Buchdruckervereins in der Leipziger Unterredung handelt, an Bedingungen geknüpft wurde, welche das Vertrauen der Gehilfenschaft zur Friedensliebe der Prinzipale nicht unerheblich beeinträchtigen mußten.
>
> Die Generalversammlung unterläßt es trotzdem, dem Beispiele des Deutschen Buchdruckervereins zu folgen und sieht davon ab, schon jetzt Forderungen zur nächsten Tarifrevision zu stellen. In einer Zeit fortgesetzter technischer Umwälzungen muß es mindestens als unklug betrachtet werden, schon drei Jahre vor Ablauf des Tarifs sich auf Forderungen festzulegen, deren Berechtigung aus gewerblichen und volkswirtschaftlichen Gründen später schließlich nicht nachzuweisen, deren vorzeitige Stellung und Propagierung wohl aber geeignet ist, eine spätere friedliche Verständigung zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft zu erschweren.
>
> Die Generalversammlung richtet an die Mitglieder des Verbandes die dringende Aufforderung, ihr Verständnis für den Ernst der Zeit durch rege Anteilnahme am Organisationsleben und durch einiges Zusammenwirken zu bekunden. Nur bei solcher Mitarbeit jedes einzelnen Mitglieds wird die Organisation befähigt sein, bei der Gestaltung der gewerblichen Verhältnisse wirklich nutzbringend mitzuwirken und der Gehilfenschaft ihren berechtigten Anteil am Arbeitsvertrage zu erhalten.

Von einer Wiedergabe der Debatten über die Aenderung der Unterstützungseinrichtungen nehmen wir Abstand, da diese Frage nur für den beschränkten Kreis der Fachgenossen Interesse bietet. — Am 20. Juni verhandelte die Generalversammlung in geschlossener Sitzung über verschiedene Angelegenheiten, die sich nicht für eine öffentliche Behandlung eigneten. Am Schluß dieser Tagung kam auch der Bericht in der sozialdemokratischen Parteipresse über den Begrüßungsabend in Danzig zur Sprache. Die Bemerkung in dem Berichte, daß ein leibhaftiger Stadtrat in einem städtischen Lokale die Arbeiterdelegierten begrüßt und daß ihnen von einer königlich preußischen Militärkapelle aufgespielt sei, hat in einigen Großstädten Befremden erregt. Wielepp-Berlin erklärte deshalb im Auftrage des Berichterstatters, daß dieser durch die Erwähnung der Tatsache nicht beabsichtigt habe, daß hieraus kritische Schlußfolgerungen gezogen werden sollten, worauf Döblin darauf verweist, daß die Verhältnisse in den einzelnen Orten so verschieden gelagert seien, daß man das Großstadtmilieu nicht überall als Grundlage gelten lassen könne.

Wie billig man doch mitunter in den Ruf der Arbeiterfreundlichkeit kommt! Das hätte sich der Danziger Magistrat schwerlich träumen lassen, als er Herrn Toop nach dem Schützenhause entsandte. (Schluß folgt.)

Ein Weib.

Wir sind keine Freunde der englischen Kämpferinnen für das Frauenwahlrecht. Ist doch die Bewegung der Suffragetten in ihrem ganzen Wesen eine Bewegung innerhalb der Bourgeoisie: bürgerlich in ihrer Bereitschaft, sich mit dem Stimmrecht für die Frauen der besitzenden Klassen zu bescheiden; bürgerlich nach der Zusammensetzung ihrer Organisationen, bürgerlich auch in den Voraussetzungen ihrer Taktik. Denn die britische Regierung hätte unzweifelhaft mit noch weit größerer Gewalttätigkeit die Bewegung zu Boden geschlagen, wenn ihre Träger nicht wohlgekleidete Damen, sondern Proletarier mit beschmutzten Kitteln und schwielligen Fäusten wären.

Wir sind keine Freunde des politischen Terrors. Rennbahnen in Brand zu stecken, in Landhäusern Bomben zu legen, kleine Hunde zu vergiften — das sind nicht unsere Waffen. Stets hat sich die Sozialdemokratie vom Anarchismus dadurch unterschieden, daß sie ihre Hoffnung nicht auf die Gewalttat des einzelnen gebaut hat, sondern auf den wohlgeordneten Aufmarsch der Masse.

Aber so wenig wir zu schaffen haben mit den Suffragetten und ihren Kampfmethoden, wird doch kein Sozialdemokrat, wird doch kein fühlender Mensch ohne die tiefste Erschütterung die Geschichte des Weibes lesen, das gestern in einem Londoner Krankenhaus gestorben ist. Man erinnere sich nur des beispiellosen Bildes! Da rasen bei dem berühmtesten Pferderennen der Welt die Rosse dem Ziele zu. Zehntausende sehen in atembeklemmender Spannung dem aufregenden Schauspiel des Kampfes zu. Da plötzlich stürzt ein Weib aus der Menge heraus, rast durch die Bahn und wirft sich dem Pferde des Königs entgegen! Sie hat nicht mit Dolch und Bombe an einem Peiniger der Menschheit leidenschaftliches Rachbedürfnis befriedigen wollen wie andere Helden des Terrors. Sie hat gewußt, daß sie in den Tod geht, wenn sie sich dem rasenden Pferde entgegenwirft. Durch das Ungeheure der tollkühnen Tat allein wollte sie wirken; den Zehntausenden, die des Rennens Zeugen waren, wollte sie zeigen, daß ein Weib auch in den Tod gehen kann für das Bürgerrecht ihres Geschlechts! Und sie ist gestorben, die erste Blutzeugin des Befreiungskampfes der Frau!

Am Grabe dieses Weibes verstummt der wohlfeile Spott, mit dem die Gedankenlosen den Kampf der Frauen leichtfertig abzutun pflegen. Da wird keiner mehr fragen wollen, was denn das Rennen mit dem Wahlrecht zu schaffen hat und warum der arme Jockey mit schwerem Sturze das überkühne Wagnis büßen mußte. Alle vernünftelnde Erwägung schlägt das Bild des Weibes nieder, die sicher im vollen Bewußtsein dessen, was ihrer harrte, in den Tod gegangen ist, um ein feig-untätig Volk aufzupeitschen durch eine Tat! Es muß doch ein großes Ziel sein, daß ein Weib sich so opfert; ein Kampf, aus dem Schoße der ganzen Entwickelung unserer Zeit geboren, in dem die Kämpferinnen so zu sterben wissen!

Gegen alle, die die Frauen mit beleidigender Sorge in die Stille des Hauses zwängen wollen, zeugt dieses Weibes Tat. Da verstummt der eitle Hochmut, die selbstgefällige Selbstüberschätzung des Mannes! Wie viele von uns Männern wären solcher Selbstaufopferung fähig? Wie viele von uns sind von einem sittlichen Ideal so erfaßt, daß sie, um die Welt nur durch die Tat zu erobern, um seinetwillen so leidenschaftlich kühn dem sicheren Tode sich entgegenwürfen? Nein, kein Hohn und kein geringschätziges Lächeln, keine Gesetzesparagraphen und keine Gewalt hält diese Frauen mehr in ihrem Laufe auf! Sie ertragen es nicht mehr, daß sie, die in der Fabrik und auf dem Bau, im Bergwerk und auf dem Felde, im Krankenzimmer und im Laboratorium mit uns die Bürde der Arbeit tragen, sie, in deren Wangen wie in den unseren das neue Jahrhundert glüht, fern bleiben sollen allen Stätten, wo um der Menschheit große Gegenstände gerungen wird. Sie werden sich den Zutritt erstreiten. Seit zweitausend Jahren lehrt es die Geschichte, daß noch keine Bewegung besiegt ward, deren Kämpfer kühn zu sterben wußten für ihr Ideal.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften.

Es ist nach der Lohnbewegung von 1910 zu einem ruhigen Verhältnis auf den Werften eigentlich nicht gekommen, es hat eine ganze Anzahl Differenzen zwischen den Arbeitern und den Betriebsleitungen gegeben, denen in der Hauptsache die zu niedrig angesetzten Einstellungslöhne, die ungeregelte Akkordfrage, die Überzeitarbeit und die Handhabung der Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse zugrunde lagen. Die Arbeiter wünschen, daß diese Reglung herbeigeführt wird. Sie sind zu diesem Zwecke durch ihre Organisation mit bestimmten Vorschlägen an die Werften herangetreten. Die Forderungen sind in der Hauptsache: Die tägliche Arbeitszeit soll 9, an den Sonnabenden in Hamburg 7 und auf den Werften in andern Orten 8 Stunden betragen. Eine, nach den örtlichen Verhältnissen bemessene Erhöhung der Einstellungslöhne bis zu 8 Pfennig pro Stunde. Die Erhöhung ist einschließlich des Lohnausgleichs für Verkürzung der Arbeitszeit gedacht. Festsetzung der Einstellungslöhne für Minderjährige. Der Einstellungslohn soll nur vorübergehend in Anwendung kommen. Der Beitrag, um den der Stundenlohn erhöht werden soll, ist ebenfalls nach den örtlichen Verhältnissen bemessen und schließt auch den Ausgleich des Lohnes für Verkürzung der Arbeitszeit in sich. Die verlangte Erhöhung bewegt sich bis zu 7 Pfennig pro Stunde. Die Vorschläge zur Reglung der Akkordarbeit gehen dahin, daß es dem Arbeiter ermöglicht wird, unter den gegebenen Verhältnissen auch einen angemessenen Akkordüberschuß erzielen zu können. Wenn der Akkord zu niedrig kalkuliert ist, soll dem Arbeiter ein Einspruchsrecht zustehen. Den Einrichtungen zum Schutze von Gesundheit und Leben wird in den Forderungen besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Schließlich wünschen auch die Arbeiter einen Ferienurlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Soweit der wesentlichste Inhalt der Forderungen, die den Werften in der vergangenen Woche zugingen. Vertreten werden die Forderungen von den auf Werften beteiligten freien Gewerkschaften, denen sich die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine angeschlossen haben. Vieles, was in den Forderungen enthalten ist, bedeutet ja weiter nichts als eine Reglung im Arbeitsverhältnis und kann, ohne nennenswerte Aufwendungen zu verursachen, von den Werften erfüllt werden. Es wäre also zu wünschen, daß bei den voraussichtlich stattfindenden Verhandlungen zwischen den Parteien ein friedlicher Abschluß erzielt wird.

Eine Polizeischlacht.

In Krefeld ist es zu blutigen Zusammenstößen der Polizei mit Streikenden gekommen. Nach einer von vielen Tausenden besuchten Versammlung am Dienstag forderte die Polizei in der bekannten Weise die auf dem Heimwege befindlichen Arbeiter auf,

Nach allen bisherigen Erfahrungen ist der

Beweis

erbracht, daß die allein echte

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul, à Stück 50 Pf.,
ein vorzügliches Mittel zur Erhaltung eines rosigen, jugendfrischen Gesichts und eines zarten, reinen Teints ist. Ferner macht der

Cream „Dada" (Lilienmilch-Cream)

rote u. spröde Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf.

schneller zu laufen. Da bei der großen Zahl der Menschen sich die Masse nicht in dem von der Polizei gewünschten Tempo vorwärtsbewegen konnte, gab es die üblichen Stöße und Püffe. Die Versuche des Zentralvorstandsmitgliedes Röffel, die Polizei zu beruhigen, brachten Röffel gleichfalls derbe polizeiliche Zurechtweisungen ein. Als die Sache schließlich schon beigelegt schien und die Massen sich verlaufen hatten, rückte aus einem nahen bestreikten Färbereigebäude Verstärkung der Polizeimacht an. Die Polizei ging mit gezogenem Säbel gegen die Arbeiter vor. Ein Färber, der einen Polizisten vom Schlagen abhalten wollte, bekam 10 Hiebe mit dem Säbel und stürzte auf der Straße zusammen. Die alte Mutter des Verletzten wollte ihren Sohn wegziehen. Ein Polizist schlug die alte Frau mit dem Säbel, so daß sie eine blutende Wunde am Arm davontrug. Als sie trotzdem blieb, um ihren Sohn vor weiteren Schlägen zu schützen, packte sie ein Polizist und schleuderte sie zur Erde. Der Vater des Verletzten, der gleichfalls hinzukam, um Mutter und Sohn vor der Polizeiwillkür zu retten — beiläufig bemerkt, ist der Vater ein 66 Jahre alter Invalide — erhielt gleichfalls Schläge mit dem Säbel über den Rücken und wurde auf die Erde geworfen. Dann ließen die Polizisten von dem Färber ab und wandten sich anderen, des Weges kommenden Arbeitern zu. Eine Beschwerde beim Oberbürgermeister gegen diese Uebergriffe der Polizei wurde zurückgewiesen. Der Oberbürgermeister antwortete, die Beamten handelten den Vorschriften des Gesetzes entsprechend, wer da glaubte, daß ihm Unrecht geschähe, müsse sich beschweren. Es würden dann die Gerichte und die höheren Instanzen entscheiden.

Karl Kautsky: Der Weg zur Macht.
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Organisierte Arbeiter
raucht nur die von organisierten Arbeitern hergestellte
TAG-Zigarette
der Tabakarbeiter-Genossenschaft Stuttgart. Vorzüglich im Geschmack, feinste Qualitäten. Nur zu haben bei **Eugen Sellin**, Schüsseldamm 56.

Echt gehackelten garantiert reinen *Schnupftabak* offeriert **Julius Gonda**, Danzig, Rohtabakgroßhdlg., Schnupftabak-Hackelei, 2. Priesterg. 5, Ecke Häkerg. 5. Fernspr. 2428

An jeden Leser unserer Zeitung!

Daß der große Sommer-Ausverkauf bei der Firma

Josef Spitzer, Danzig,
Langgasse 2, I. Etage,
Mode-Bazar für Gelegenheitskäufe eleganter Damen-Bekleidung

begonnen hat, weiß jedermann, nachdem die zahlreichen Besucher sich in den letzten Tagen davon überzeugten, daß fesche, aparte und tadellos verarbeitete Damen-Konfektion zu enorm billigen Preisen dort abgestoßen wird.

Es wird nun in vielen Kreisen der Bevölkerung angenommen, daß der große Andrang in den ersten Tagen die Vorräte dort so verkleinert hat, daß man keine genügenden Sortimente mehr fände.

Dem ist nicht so,

denn Warenläger von so großem Umfange haben in allen Preislagen noch eine sehr ansehnliche Auswahl.

Die Fortsetzung der jüngst angekündigten großen Saison-Ausverkaufstage erstreckt sich von morgen ab insbesondere auf:

Englischartige und blaue Kostüme, Blusen, Damenkleider für Straße und Gesellschaft.

Es erübrigt sich darauf hinzuweisen, daß sich dadurch die denkbar beste Gelegenheit für Damen aller Stände bietet, ihren Bedarf in eleganter u. praktischer Damengarderobe für längere Zeit zu decken.

Verlangen Sie ganz besonders die in meinem Inserat angeführten Schuhe

Vergleichen Sie die tief herabgesetzten Preise in meinem Schaufenster

extra billige braune
10 Schuhtage 10
eine selten wiederkehrende Kaufgelegenheit!
Von Sonnabend, den 21., bis einschliesslich den 30. Juni cr. werden grosse Posten
Braune Damen-, Herren- und Kinderstiefel, Sandalen etc.
zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft.
Es liegt daher im Interesse meiner werten Kundschaft, von dieser ausserordentlich
billigen Kaufgelegenheit
ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Ein Posten **braune Damenstiefel** darunter echt Chevreau	jetzt	6.25
Ein Posten **braune Damenstiefel** durchweg echt Chevreau, mit oder ohne Lackkappe, Original Goodyear Welt	jetzt	7.75
Ein Posten **braune Halbschuhe** mit Lasche	jetzt	3.90
Ein Posten **braune Halbschuhe** mit Lackkappe zum Schnüren	jetzt	5.90
Ein Posten **braune Herrenstiefel** durchweg echt Chevreau	jetzt	7.25
Ein Posten **braune Herrenstiefel** Lackkappe, Nr. 40 bis 43	jetzt	6.50

Bitte die Fenster-Auslagen zu beachten.

Ein Posten braune
Kinder- und Mädchenstiefel

Grösse	22-24	25-26	27-30	31-35
jetzt	2.25	2.75	3.90	4.50

Ein Posten Sandalen

Grösse	20-22	23-24	25-26	27-30	31-35	36-42
Flexible						
jetzt	1.95	2.10	2.30	2.60	2.95	3.50

Während der billigen Tage tritt auch eine Preisermässigung auf sämtliche anderen Schuhwaren ein.

Schuhwaren-Haus
Holzmarkt 19 **Tuchler** Holzmarkt 19
neben der Hutfabrik B. Behrendt, Haltestelle der Strassenbahn.

Pr. Stargard.
Wir suchen für Pr. Stargard per sofort einen **tüchtigen und zuverlässigen Expedienten.**
Geeignete Genossen wollen sich schriftlich an die Expedition der Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse Nr. 32, wenden.

2 Zimmer, helle Küche, Entree, Gas u. Zubeh. für 25 u. 29 Mk. per 1. Juli zu vermieten. Näh. **Moderegger**, Wallgasse 21, 1 Tr.

Kleine Hosennahergasse 4. Parterre-Wohnung nebst schön. Keller sofort zu vermieten. Nh. daselbst 1 Treppe.

Während des
Saison-
Räumungs-Ausverkaufs
Moderne Hutformen in Bast. Litze. Tagalin, viele Farben **88 ₰**
früherer Wert bis 5.75 ℳ . . . . . jetzt zum Aussuchen

Garnierte Damen-Hüte
früher bis 19.50 ℳ
jetzt **2.65 3.45 4.65 5.95 7.25** ℳ

Kinder-Hüte
garniert, für die Schule
jetzt **68 95 ₰ 1.60 2.15** ℳ

Blumen, Bänder, Federn sowie **sämtliche Putzzutaten**
bedeutend im Preise ermässigt.

Nur Lawendelgasse Nr. 4. **Julius Goldstein** Beachten Sie mein Schaufenster!

Hüte, Mützen, Stöcke, Schirme
in reicher Auswahl zu bekannt billigen Preisen
Huthaus London
nur II. Damm 10.

Damen- u. Kinderkleider werden schnell und bill. gearbeitet. Gro Tobiasgasse 32, 2 Treppen.

Gebrauchte, fast neue **Möbel** zwei Plüschsofas, Kleiderschränke und Vertikos, Sofatische, Chaiselongues, Parad und Bettgestelle, Spiegel u Paneelbrett verkauft billig **Hundegasse 7**

Anständige junge Leute, die Arbeit stehen, können sich in K und Logis melden Tagneterg.

Rohr-Stühle
werden dauerhaft eingeflochte bei Eckhardt, Schidlitz, Weibergstraße 26, Hinterhaus.

Halte meine Schuhmacherei d werten Genossen bestens empfohle **Fritz Robaczek**, Jungferngasse 3

Sehr frdl. Whn., 1 Stube, hel Küche, Kell.z. v. Gr. Bergg. 4,

Wäsche wird sauber gerol Rammbau 27.

Wäsche wird fein gewaschen im Freien getr. Hoh. Seigen 19,